



Mehr als eine Wolldecke **Betreuung von Schutzsuchenden**

Seite 7

Bundesrat Guy Parmelin

«Der Bund ist Koordinator und Impulsgeber»

Seite 4

Forstarbeiten

**Sicherheit hat
oberste Priorität**

Seite 20

Ostschweiz

**Tierseuchengruppe
seit 10 Jahren**

Seite 22

Schweizerisches Rotes Kreuz

150-Jahre-Jubiläum

Seite 28

www.bevoelkerungsschutz.ch



EDITORIAL	3
PERSÖNLICH	
«Der Bund ist Koordinator und Impulsgeber»	4
Der Nutzen neuer Technologien sollte grundsätzlich immer analysiert werden, erklärt Bundesrat Guy Parmelin im Interview. Die Ressourcen seien aber knapp, so dass Bund und Kantone sich darüber einig werden müssten, welche Projekte wirklich zu realisieren sind.	
DOSSIER: BETREUUNG VON SCHUTZSUCHENDEN	
Von der Wolldecke bis zur psychosozialen Nothilfe	7
Die Betreuer des Zivilschutzes nehmen schutzsuchende Menschen auf, sorgen für ihr Wohlergehen und stellen die erste Stufe der psychosozialen Nothilfe sicher.	
Vorurteilslos und menschenwürdig	10
Die Schweiz verfügt über gute Strukturen zur Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden. In den vergangenen Monaten mussten sich die Behörden aber darauf vorbereiten, dass sich die Lage zuspitzen könnte.	
Erfahrungen aus der Betreuung von Flüchtlingen	13
In der zweiten Jahreshälfte 2015 stieg die Zahl der eintreffenden Flüchtlinge in Europa dramatisch an. Die Zivilschutzorganisation Schaffhausen kam zu einem längeren Betreuungseinsatz.	
Lehren aus der Balkanroute	16
Erkenntnisse eines Instructors, der an einer Mission der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA auf der Balkanhalbinsel teilgenommen hat.	
AUS DER POLITIK	19
AUSBILDUNG	20
KOOPERATION	22
AUS DEM BABS	24
AUS DEN KANTONEN	25
AUS DEN VERBÄNDEN	28
SERVICE	30
SCHLUSSPUNKT	31

Titelbild: Essensausgabe. Die Zivilschutzorganisation Schaffhausen bei ihrem Betreuungseinsatz im Herbst 2015.

Liebe Leserin, lieber Leser

Infrastrukturprojekte sind in der Regel langfristig ausgerichtet. Die Planung und der Aufbau unserer Schutzbauten beispielsweise geht zurück in die Zeit des Kalten Krieges. Jeder Einwohnerin und jedem Einwohner soll ein Platz in einem Schutzraum in der Nähe des Wohnorts zur Verfügung stehen – dieses Ziel gilt weiterhin und ist heute, bei örtlichen Lücken, nahezu erreicht. Zudem verfügt die Schweiz über 2300 zivile Schutzanlagen: Kommandoposten, Bereitstellungsanlagen, geschützte Sanitätsstellen und geschützte Spitäler.

Ein bewaffneter Konflikt mit direkten Auswirkungen auf die Schweiz ist aktuell unwahrscheinlich – aber weiterhin möglich. Die Schutzbauten haben eine lange Lebensdauer und erfordern nur einen geringen Werterhaltungsaufwand. Es lohnt sich deshalb, sie zu erhalten. Ausserdem können sie auch in Friedenszeiten genutzt werden. Nicht nur als Truppenlager, Ferienunterkünfte oder Vereinslokale, sondern auch zur Unterbringung von Schutzsuchenden bei Katastrophen und in Notlagen.

«Infrastrukturprojekte sind nicht nur langfristig ausgerichtet, sondern meist auch kostenintensiv.»

In den letzten Monaten fanden viele Menschen aus (bürger-)kriegsversehrten Ländern kurzfristig Unterschlupf in Schutzanlagen des Zivilschutzes. Die Schweiz kann in einer sich zuspitzenden Lage im Asylbereich auf eine Infrastruktur zurückgreifen, wie sie in anderen Ländern kaum verfügbar ist.

Infrastrukturprojekte sind nicht nur langfristig ausgerichtet, sondern meist auch kostenintensiv. Darauf weist Bundesrat Guy Parmelin im Interview in dieser Ausgabe von «Bevölkerungsschutz» hin. Es freut mich, dass er schon kurz nach Amtsantritt die Sicherung der mittel- und langfristigen Betriebsbereitschaft von Polycom, des Sicherheitsfunknetzes der Schweiz, unterstützt hat.

Peter Wüthrich

Chef Geschäftsbereich Infrastrukturen BABS



Bundesrat Guy Parmelin, Chef des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS

«Der Bund ist Koordinator und Impulsgeber»

Der Nutzen neuer Technologien sollte grundsätzlich immer analysiert werden, erklärt Bundesrat Guy Parmelin im Interview. Die Ressourcen seien aber knapp, so dass Bund und Kantone sich darüber einig werden müssten, welche Projekte wirklich zu realisieren seien.

Wann ist Ihnen erstmals bewusst geworden, dass Sie oberster Bevölkerungsschützer des Landes sind?

Als ich das VBS Anfang Jahr übernommen habe, war mir klar, dass neben der Verteidigung weitere Bereiche zu meinem Aufgabenfeld gehören. Ich habe mich auch schon bald mit einzelnen Bevölkerungsschutz-Dossiers befasst, etwa mit der Strategie 2015+, mit dem Thema Asyl und mit dem Informatikprojekt Werterhaltung Polycom.

Haben Sie sich mit dem Reformpaket «Strategie Bevölkerungsschutz / Zivilschutz 2015+» bereits eingehend beschäftigt?

Ich habe mir einen Überblick dazu verschafft – allerdings noch nicht vertieft. Ich komme dann zum Zug, wenn die Fachleute ihren Input geliefert haben. Wir werden die erforderlichen Gesetzesanpassungen in den Bundesrat bringen.

Wie sehen Sie die Rolle des BABS im Bevölkerungsschutz?

Für die Belange des Bevölkerungsschutzes und des Zivilschutzes sind primär die Kantone zuständig. Der Bund ist Koordinator und Impulsgeber. Seine Aufgabe ist es, die unterschiedlichen Interessen und Anforderungen der Kantone abzuklären und zu koordinieren. Ein Kanton Appenzell-Ausserrhododen hat möglicherweise andere Bedürfnisse als ein Kanton Zürich oder Genf. Projekte, die dies nicht berücksichtigen, haben politisch keine Chance.

Wo sehen Sie die Prioritäten?

Auf Bundesstufe haben wir verschiedene grosse Informatikprojekte, mit denen wir die Kantone unterstützen. Im Moment hat der Werterhalt von Polycom Priorität. Dies ist die absolut notwendige Grundlage, und hier sind auch die Rahmenbedingungen klar. Was darüber hinausgeht, ist abzuklären. Was nicht absolut vorrangig ist, wird auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Guy Parmelin

Guy Parmelin ist seit Anfang 2016 Bundesrat und Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS. In der Bundespolitik war er zuvor seit 2003 als Nationalrat aktiv. Seine politische Karriere begann der Waadtländer in seiner Heimatgemeinde Bursins, wo er 1993 bis 1999 das Amt des Gemeindepräsidenten innehatte. Zehn Jahre war Guy Parmelin Mitglied des Kantonsparlaments, und von 2000 bis 2004 präsidierte er die Schweizerische Volkspartei (SVP) des Kantons Waadt.

Bundesrat Parmelin wuchs als Bauernsohn auf und absolvierte nach dem Gymnasium eine Berufslehre als Landwirt. Zwischen 1985 und 2015 wirkte er auf dem familieneigenen Hof als Meisterlandwirt und -weinbauer. Im Militär hielt er den Grad des Korporals. Er ist 56 Jahre alt und verheiratet.

In den Medien werden für die Alarmierung und Information der Bevölkerung nach Katastrophen Online-Kanäle und Push-Meldungen auf Smartphones gefordert. Wie sehen Sie diesen Bedarf?

Der Nutzen neuer Technologien sollte grundsätzlich immer analysiert werden. Wir müssen aber sehr vorsichtig sein: Es gibt eine Vielzahl von Ideen und Projekten, die finanziellen und personellen Mittel sind aber beschränkt. Auf die Investition folgen meist auch noch Betriebskosten. Deshalb braucht es zuerst eine Bedarfsanalyse. Bund und Kantone müssen sich darüber einig werden, was es wirklich braucht – und wie die Kosten aufgeschlüsselt werden.

Synergien gibt es im Bereich Informatik und Telekommunikation auch mit der Armee.



«Bund und Kantone müssen sich darüber einig werden, was es wirklich braucht – und wie die Kosten aufgeschlüsselt werden.»

Sie sprechen einen wesentlich Punkt an! Im Bereich der Informatik, etwa bei Informationssystemen, geht es um enorme Beträge. Die bestehende Zusammenarbeit sollte deshalb intensiviert werden. Die Verantwortlichen müssen sich zusammenfinden. Ohne Vorurteile. Allein schon, weil die Ressourcen beschränkt sind. Oft werden Projekte vielleicht aus Sicherheitsgründen zwingend von der Armee geleitet, der Bevölkerungsschutz muss die Infrastrukturen aber nutzen können, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Es kann durchaus auch einmal vorkommen, dass der Bevölkerungsschutz den Lead übernimmt. Zu Beginn jedes Projektes muss eine Zusammenarbeit abgeklärt werden, nicht nur zwischen Armee und Bevölkerungsschutz.

Demnächst präsentiert eine Arbeitsgruppe Optionen für die Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems ...

Der Bericht zuhanden des Bundesrates ist in der Abschlussphase. Darin werden verschiedene Varianten präsentiert, aber eines ist klar: Die Priorität des Militärdienstes wird beibehalten. Wer keinen Militärdienst leisten

kann, wird allenfalls in den Zivilschutz eingeteilt. Der Zivildienst für Personen, die aus einer tiefen Überzeugung heraus nicht Militärdienst leisten können, ist in der Bundesverfassung verankert und soll nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden – aber es gibt Regeln, die möglicherweise angepasst werden können. Es wird also eine Diskussion und wohl auch Anpassungen geben.

Wie ist Ihre persönliche Meinung dazu?

Ich bin eindeutig nicht für einen Dienst à la carte, eine Wahlfreiheit kann es nicht geben. Der Personalbestand der Armee darf nicht erodieren, weil manche es angenehmer finden, Zivildienst zu leisten. Die Jungen haben eine Aufgabe im Interesse der Allgemeinheit zu erfüllen, und die Verteidigung unseres Landes hat dabei Priorität.

Eine Aufgabe im Interesse des Landes haben auch Sie Anfang Jahr übernommen. Wo lag bisher der Schwerpunkt: bei der Funktion Bundesratsmitglied oder bei der Funktion Chef VBS?

In den ersten Monaten galt es für mich primär, die Leitung des Departements zu übernehmen. Viele Dossiers



«Die Jungen haben eine Aufgabe im Interesse der Allgemeinheit zu erfüllen, und die Verteidigung unseres Landes hat dabei Priorität.»

waren schon da, neue kamen hinzu. Ich musste auch gewisse Bereiche, beispielsweise swisstopo, kennen lernen. Parallel dazu habe ich mich in das Regierungskollegium eingefügt. Ebenso wichtig wie die darin lebhaft geführten Diskussionen ist das Bild der Regierung nach aussen: Es gilt zu zeigen, dass der Bundesrat funktioniert; die Entscheide müssen kollegial vertreten werden.

« Es gibt eine Vielzahl von Ideen und Projekten, die finanziellen und personellen Mittel sind aber beschränkt.»

Welche persönliche Eigenschaft möchten Sie für die Rolle als Bundesrat stärker besitzen?

Ich bin, wie ich bin. An die Gepflogenheiten und Anforderungen passe ich mich natürlich an. Aber meine Persönlichkeit wird sich nicht auflösen – hoffe ich. Ich denke, dass es in der Bevölkerung nicht gut ankommen würde, wenn ich einfach eine Rolle spielen wollte. Nach meiner Wahl haben mir viele Leute gesagt: Bleiben Sie, wie Sie sind! Ich mag meinen Waadtländer Akzent und werde ihn mir nicht abzugewöhnen versuchen. Aber mein Deutsch und mein Englisch möchte ich verbessern.

Bringen Sie als Westschweizer und Nicht-Offizier völlig neue Sichtweisen in das VBS ein?

Diese Frage müssten Sie eher den Mitarbeitenden stellen. (Lacht.) Ein neuer Chef bedeutet immer neue Methoden und eine neue Funktionsweise. Wenn dann auch noch die Sprache wechselt, bringt dies viele Änderungen. Ich bin auch mit neuen Mitarbeitenden gekommen, so haben wir mit Nathalie Falcone-Goumaz eine neue Generalsekretärin. Das alles führt vielleicht am Anfang zu Verun-

sicherung. Aber Veränderungen gehören zum Leben. Meine eigenen ersten Erfahrungen sind jedenfalls positiv.

Was nehmen Sie aus der Erfahrung als Landwirt für die Arbeit als Bundesrat mit?

Als Landwirt war ich Unternehmer, musste einen Markt mit vielen Unsicherheiten beobachten und strategische Entscheide fällen. Jetzt muss ich als Departementsvorsteher entscheiden, der Chef gibt die Impulse. Auch in meiner bescheidenen Militärkarriere habe ich gelernt, Anordnungen zu treffen.

Sie haben sich erst nach der Matura entschieden, eine Berufslehre als Landwirt zu machen. Wie kam es dazu?

Aus verschiedenen Gründen: Mein Vater hatte in einen Hof investiert, wir hatten einen ziemlich grossen Betrieb mit Milchwirtschaft, und mein Bruder interessierte sich mehr für den Weinbau. Ausserdem wollte ich schon nach zwei Wochen das Gymnasium wieder verlassen; meine Eltern rieten mir aber, erst die Matura abzuschliessen und dann zu wählen. Obwohl dann ein Studium durchaus eine Option war, entschied ich mich für eine Landwirtschaftslehre.

Arbeiten Sie heute auch noch mit auf dem familieneigenen Bauernhof?

Nein. Als Bundesrat musste ich meine Beteiligung abtreten. Ich habe alles meinem Bruder verkauft. Das hindert mich aber nicht daran, zwischendurch übers Feld zu gehen und zu schauen, ob der Raps von Insekten befallen ist oder ob unser Weizen gut reift.

Fühlen Sie sich auch wohl, wenn Sie das internationale Parkett betreten?

Es ist interessant und speziell: Beim WEF in Davos dachte ich manchmal, dass dies wirklich eine völlig andere Welt ist. Die bilateralen Treffen hingegen, die ich etwa an der Sicherheitskonferenz in München oder kürzlich beim Besuch in Schweden erlebt habe, sind sehr informativ. Gewöhnungsbedürftig ist die Etikette. Es gibt einen diplomatischen Code, den man respektieren muss. Vor allem das militärische Protokoll ist sehr streng. Es ist aber immer jemand da, der einem hilft. Das ist wie eine Lehre – ich stecke also noch in der Lehre. (Lacht.)

Herr Bundesrat, besten Dank für dieses Gespräch.

Interview:

Kurt Münger

Kommunikationschef, BABS

Pascal Aebischer

Redaktionsleiter «Bevölkerungsschutz», BABS

Betreuung von Schutzsuchenden

Von der Wolldecke bis zur psychosozialen Nothilfe

Die Betreuer des Zivilschutzes nehmen schutzsuchende Menschen auf, sorgen für ihr Wohlergehen und stellen die erste Stufe der psychosozialen Nothilfe sicher. Ihr fachliches Rüstzeug erwerben sie hauptsächlich in der funktionsbezogenen Grundausbildung.



In der Sammelstelle empfangen die Betreuer die Schutzsuchenden. Wer weder nach Hause zurückkehren noch bei Verwandten oder Bekannten unterkommen kann, wird zu einer Betreuungsstelle weitergeleitet.

Die Betreuer des Zivilschutzes sind bei einer Katastrophe oder in einer Notlage diejenigen, die umgangssprachlich, aber nicht geringschätzig als gute Seelen bezeichnet werden. Sie haben die anspruchsvollen Aufgaben, schuttsuchende Menschen aufzunehmen, zu beherbergen, zu pflegen, zu ernähren und zu kleiden – für ihr Wohlergehen zu sorgen.

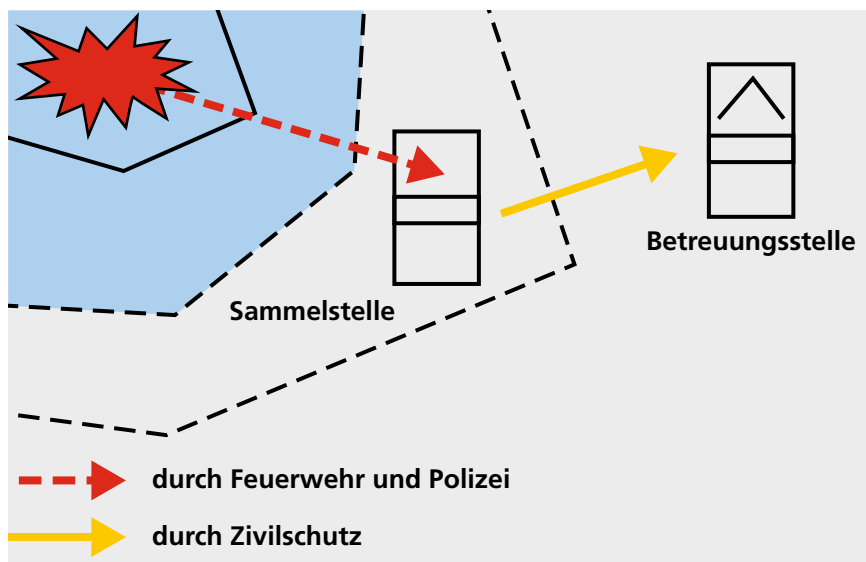
Betreuung erhalten in der Regel die unverletzten Schutzsuchenden. Bei allen Tätigkeiten werden sie so oft wie möglich einbezogen, um ihre Selbstständigkeit und Selbstverantwortung zu fördern.

Von der Sammel- in die Betreuungsstelle

Nach einem Ereignis nehmen Betreuer die betroffenen Menschen in einer Sammelstelle in Empfang, registrieren sie und kümmern sich um sie. In der Sammelstelle, die etwa in einem grossen Zelt, bei einem Unterstand oder in einem Restaurant angesiedelt ist, bleiben die Schutzsuchenden maximal mehrere Stunden. Danach werden jene, die weder in ihr Haus zurückkehren noch bei Verwandten oder Bekannten unterkommen können, in eine Betreuungsstelle gebracht.

Die Betreuung befasst sich in der Regel mit unverletzten Schutzsuchenden.

Betreuungsstellen werden in Zivilschutzanlagen, Turnhallen oder ähnlichen Räumlichkeiten eingerichtet und müssen über mehrere Tage bis Wochen im 24-Stunden-Betrieb funktionsfähig sein. Damit sich die Verpflegung, das Duschen, das Waschen der Kleidung und weiteres Lebensnotwendiges sicherstellen lässt, ist ein eingespieltes Zusammenarbeiten mit der Zivilschutzlogistik nötig.



Die Blaulichtorganisationen übergeben die Schutzsuchenden in der Sammelstelle dem Zivilschutz zur Betreuung.

Im Verbundsystem Bevölkerungsschutz kann nur der Zivilschutz die Betreuung von (in- und ausländischen) Schutzsuchenden im ganzen Umfang sicherstellen. Neben der klassischen Betreuung von Schutzsuchenden gehört zu den Aufgaben des Zivilschutzes in diesem Bereich die Unterstützung der Rettungsdienste (zum Beispiel beim Betrieb einer Sanitätshilfsstelle) und allgemein des Gesundheitswesens.

Gefestigte Persönlichkeit gesucht

Ein angehender Betreuer durchläuft, wie alle anderen Stellungspflichtigen, die zwei- bis dreitägige Rekrutierung in einem Rekrutierungszentrum des Bundes. Aufgrund des breiten Einsatzspektrums sind die Anforderungen an einen Betreuer verhältnismässig hoch: Neben hoher Sozialkompetenz, Organisationstalent und Sprachkenntnissen sind insbesondere eine psychische Belastbarkeit und eine gefestigte Persönlichkeit unabdinglich. Als Betreuer werden hauptsächlich Personen aus dem Bildungswesen, dem kaufmännischen Bereich, aus Gesundheitswesen, mit Sozialberufen sowie Studierende rekrutiert. Manche Kantone, die ein Praktikum im Pflegebereich durchführen, verlangen eine genauere Abklärung der entsprechenden Eignung. Der ausgehobene Schutzdienstpflichtige absolviert die allgemeine Grundausbildung (AGA) in einem kantonalen Ausbildungszentrum. Der Bund definiert den Rahmen zur Ausbildung, d. h. er macht Vorgaben über Dauer und Inhalt, überlässt den Kantonen aber Handlungsspielraum, damit sie spezifische Bedürfnisse abdecken können. Nach der AGA folgt für die angehenden Betreuer das Kernstück ihrer Betreuungsausbildung: die funktionsbezogene Grundausbildung (FGA). Diese Ausbildung vermittelt, ausgerichtet auf den möglichen Einsatz, die Grundlagen im Bereich Schutz und Betreuung. Auch bei der FGA legt der Bund im Einvernehmen mit den Kantonen die Rahmenbedingung fest, die Kantone setzen die Ausbildung nach ihren spezifischen Bedürfnissen um. Geschult wird der ganze Betreuungsablauf: Vom Einrichten der Sammelstelle mit der Registrierung übers Reichen einer warmen Wolldecke bis hin zum Betrieb einer eingerichteten Betreuungsstelle lernen die Betreuer ihr Handwerk im Detail kennen.

Kommunikation und psychosoziale Nothilfe

Ein Schwergewicht der Ausbildung bildet die Kommunikation; ein Betreuer muss besonders gut zuhören können, er lernt, nicht nur das gesprochene Wort, sondern auch nonverbale Signale richtig zu deuten. Die Grundlagen der Kommunikation und die verschiedenen Betreuungssituationen werden unter anderem mit Rollenspielen geschult und trainiert.

Die angehenden Betreuer/innen sind junge Menschen im Alter zwischen 20 und 25 Jahren, die über eher wenig Erfahrung in der psychosozialen Hilfe verfügen. Deshalb gilt

es, sich in diesem Bereich die Grundlagen zu verinnerlichen, um – unter zusätzlichem Einsatz des «gesunden Menschenverstandes» – die erste psychosoziale Hilfe für schuttsuchende Menschen sicherstellen zu können. Auch auf den Umgang mit Stress wird ein besonderes Augenmerk gerichtet.

Die Ausbildung thematisiert ebenfalls unterschiedliche Arten von Behinderungen und die daraus resultierenden Bedürfnisse. Menschen mit einer Behinderung können sich oftmals nur teilweise oder gar nicht in der Sammel- oder Betreuungsstelle selbstständig bewegen und benötigen daher eine erweiterte Hilfestellung. Insbesondere lernen die Betreuer praxisbezogen den Umgang mit Menschen mit einer Seh-, Geh- oder Hörbehinderung. Sie begleiten etwa aktiv eine blinde Person, werden am Rollstuhl ausgebildet oder treten in einen direkten Kontakt mit einer tauben Person.

Mit der ungewissen Lageentwicklung im Flüchtlingsbereich und der Möglichkeit eines entsprechenden Zivilschutzeinsatzes nimmt die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Kulturen und Religionen in der Ausbildung einen immer höheren Stellenwert ein.

Das unvergessliche Praktikum

Ein Highlight während der FGA und zugleich eine Horizont-erweiterung stellt jeweils das Praktikum in einem Senioren-, Behinderten- oder Kinderzentrum dar. Diese Einsätze ermöglichen, das Erlernte zu festigen, es im Umgang mit Menschen in die Praxis umzusetzen und so die notwendige Sicherheit zu erlangen. Viele Betreuer lernen hier ihre persönlichen Grenzen kennen und diese mit Unterstützung des Berufspersonals zu überwinden – oder zu akzeptieren. Nach erfolgreichem Absolvieren der FGA treten die Betreuer in die regionalen oder kantonalen Zivilschutzformationen über. Es liegt in der Verantwortung der jeweiligen Zivilschutzorganisationen, Betreuungstätigkeiten nun auch im Verband auf Stufe Gruppe und Zug zu trainieren.

Zusatzausbildung Care-Giver und Peer

Nach der Grundausbildung können Betreuer die psychosoziale Nothilfe für schuttsuchende Menschen nur bis zu einem gewissen Grad sicherstellen. Wenn die Betreuungsanforderungen die Handlungskompetenzen des Betreuers übersteigen, können Care-Giver beigezogen werden. Grundsätzlich entscheidet der Einsatzleiter, ob diese Spezialisten in Anspruch genommen werden. Ein Care-Giver ist in der Regel Angehöriger eines Care-Teams und verfügt über eine erweiterte Ausbildung im Bereich der psychosozialen Nothilfe. Auch der Betreuer kann sich zum Care-Giver weiterbilden lassen.

Neben der Betreuung der betroffenen Bevölkerung darf diejenige der Einsatzkräfte nicht vergessen werden: Die körperlichen und psychischen Anstrengungen können deren individuelle Ressourcen ebenfalls überfordern.



Ein Highlight während der funktionsbezogenen Grundausbildung stellt das Praktikum in einem Senioren-, Behinderten- oder Kinderzentrum dar.

Dann ist Unterstützung gefragt. Ob Polizei, Sanität, Feuerwehr oder Zivilschutz: in ihren Reihen stehen dafür ausgebildete psychologische Nothelfer, sogenannte Peers, zur Verfügung.

Die Peers sind Angehörige der Partnerorganisation mit einer erweiterten Ausbildung in psychosozialer Nothilfe. Sie stehen im Bedarfsfall dem Kommandanten und den ihm unterstellten Einsatzkräften zur Verfügung und werden von diesen gut akzeptiert. Betreuer (wie auch Stabsassistenten und Pioniere) können sich im «Zusatzkurs Psychologischer Nothelfer» zu Peers ausbilden lassen.

Wenn die psychosoziale Nothilfe der spezialisierten Einsatzkräfte nicht ausreicht, werden Betroffene (Bevölkerung und Einsatzkräfte) in die Obhut von Fachpersonen gegeben.

Bis zum Kommandanten

In der fundierten Zivilschutzgrundausbildung erwerben die Betreuer gute fachliche Kenntnisse und sind danach in der Lage, der Bevölkerung bei Katastrophen und in Notlagen wirksam zur Seite zu stehen. Die Ausbildung ist aber auch Grundlage für weitere Aufgaben: Betreuer sind etwa für die «Zusatzausbildung Sanitäter» prädestiniert; dort werden sie für die Unterstützung des Gesundheitswesens ausgebildet. Darüber hinaus steht den Betreuern natürlich auch eine Kaderlaufbahn zum Gruppen- oder Zugführer und – nach mehrjähriger Erfahrung – sogar zum Kommandanten einer Zivilschutzorganisation offen.

Markus Bieri

Instruktor im Ausbildungsfachbereich Einsatz, BABS

Frank Fässler

Chef des Ausbildungsfachbereichs Einsatz, BABS

Betreuung von Asylsuchenden

Vorurteilslos und menschenwürdig

Die Schweiz verfügt über gute Strukturen zur Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden. In den vergangenen Monaten mussten sich die Behörden aber darauf vorbereiten, dass sich die Lage zuspitzen könnte.

Für Asylsuchende, die in die Schweiz kommen, hält der Bund Empfangs- und Verfahrenszentren (EVZ) bereit. In diesen Zentren können die Asylsuchenden ihr Gesuch einreichen, und das Staatssekretariat für Migration SEM führt dort die ersten Verfahrensschritte durch. Daneben unterhält das SEM Bundeszentren (BZ), die rein der Unterbringung von Asylsuchenden dienen. In den BZ warten die Asylsuchenden meist den nächsten Verfahrensschritt ab. Tagsüber nimmt sich in den Unterkünften ein Betreuungsteam der Asylsuchenden an, in der Nacht ist Sicherheitspersonal vor Ort. Diese Betreuungs- und Sicherheitsdienstleistungen hat das SEM 2013 öffentlich ausgeschrieben und spezialisierten Unternehmen übertragen. «Die Ausschreibung war so ausgestaltet, dass in beiden Bereichen zwingend mindestens zwei Anbieter einen Auftrag erhielten», sagt David Keller, Chef der Abteilung EVZ im SEM.

«Wir machen die Erfahrung, dass diese gemeinnützigen Einsätze sehr beliebt sind.»

Die Vorgabe des SEM zum Umgang mit den Asylsuchenden fasst er zusammen: «Die Betreuung in den Unterkünften des Bundes orientiert sich am Prinzip der Vorurteilslosigkeit, achtet die Menschenwürde der zu Betreuenden und nimmt gegenüber asylrechtlichen, politischen und religiösen Fragen eine neutrale Stellung ein.» Wichtigste Eignungskriterien bei der Auswahl der Dienstleister waren die Erfahrung in vergleichbaren Aufträgen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die personellen Ressourcen. Darüber hinaus verlangte das SEM Betreuungs- und Beschäftigungskonzepte sowie Schulungs- und Weiterbildungsprogramme für das Personal.

Maximal 90 Tage in Zentren des Bundes

Grundsätzlich halten sich Asylsuchende in diesen Unterstellungsstrukturen maximal 90 Tage auf. Integration ist in

dieser kurzen Zeit kaum ein Thema, den Asylsuchenden soll vor allem ein geregelter Tagesablauf ermöglicht werden. Dazu bestehen Angebote wie Sprachkurse und gemeinnützige Arbeit in Beschäftigungsprogrammen. Ausserdem sind Asylsuchende in den Zentren zur Mithilfe verpflichtet: Personen ab 16 Jahren übernehmen im Rotationsprinzip die täglichen Hausarbeiten.

«Wir erachten es als zentral, dass Asylsuchende in den Zentren Angebote haben, um sich zu beschäftigen und die Freizeit zu gestalten», betont Thomas Kunz, Direktor der Asyl Organisation Zürich AOZ; die AOZ betreut – wie auch die ORS Service AG – im Auftrag des Bundes Asylsuchende. «Zudem sollen die Asylsuchenden mit den hiesigen Verhältnissen sowie mit den Regeln im Zentrum vertraut gemacht werden, um sich so rasch wie möglich selbstständig zurechtzufinden.»

Beliebte Beschäftigungsprogramme

Auch die lokale Bevölkerung soll von den Beschäftigungsprogrammen profitieren: Das SEM kann mit Kantonen, Gemeinden oder anderen Organisationen vereinbaren, dass die Asylsuchenden verschiedene Arbeiten erledigen. Meist geht es darum, Waldwege zu bauen, Schnee zu räumen, Dorfplätze zu säubern oder invasive Pflanzen auszureissen. Die Asylsuchenden können freiwillig an solchen Programmen teilnehmen und erhalten dafür Taschengeld. «Wir machen die Erfahrung, dass diese gemeinnützigen Einsätze sehr beliebt sind», sagt Thomas Kunz.

Viele Asylsuchende haben eine strapaziöse Reise hinter sich, haben teilweise auch schlimme Erlebnisse zu verarbeiten. Über eine spezifische psychologische Ausbildung verfügt das Betreuungspersonal nicht. In jedem Zentrum ist aber eine Pflegefachperson angestellt, die bei gesundheitlichen Problemen erste Ansprechperson ist und bei Bedarf die Betroffenen an den Arzt oder ans Spital überweist; ebenso vermittelt sie psychologische Hilfe. Zudem besteht in jeder Unterkunft des Bundes – auf ökumeni-



In den Asylunterkünften kommen unterschiedlichste Menschen zusammen: Einzelpersonen und Familien, Frauen und Männer, verschiedene Altersgruppen, verschiedene Kulturen, Religionen, Sprachen usw.

scher bzw. interreligiöser Basis – ein Seelsorgeangebot. Spätestens nach 90 Tagen gibt der Bund die Asylsuchenden nach einem gesetzlich festgelegten Verteilschlüssel an die Kantone weiter. Im föderalistischen System der Schweiz sind diese auch für die Unterbringung und Betreuung zuständig. «Die einzige Rahmenbedingung ist, dass die Unterbringung menschenwürdig ist und dass es sich nicht um geschlossene Unterkünfte handelt», präzisiert David Keller vom SEM.

Aus Erfahrung sprechen kann der Direktor der AOZ – die Fachorganisation der Stadt Zürich führt für den Kanton Zürich mehrere Durchgangszentren und ist in der Stadt Zürich und in rund 30 Gemeinden für die Asyl- und Flüchtlingsfürsorge zuständig. In den Unterkünften werde grundsätzlich «auf eine sinnvolle Durchmischung» geachtet, sagt Thomas Kunz. «Das heisst beispielweise, dass Familien und allein reisende Frauen zwar in separaten Wohntrakten untergebracht sind, ein Zentrum oder Wohnhaus insgesamt jedoch hinsichtlich Geschlecht, Alter, Familienstand und Herkunft möglichst gemischt ist. Sinnvoll ist zudem, dass Personen, die ein Zimmer teilen, möglichst eine gemeinsame Sprache haben.» Falls die

Asylsuchenden nicht selber kochen, richte sich der Menüplan nach einem internationalen Mainstream, so werde etwa auf Schweinefleisch verzichtet. «Und religiöse Praktiken werden ermöglicht, soweit es der Rahmen einer Kollektivunterkunft zulässt.»

Zunehmend selbstverantwortlich

Thomas Kunz weiter: «Je länger die Leute in der Schweiz sind, umso selbständiger sollen sie wohnen und leben.» Mit der Zeit verändert sich auch die Betreuung: In den grossen Bundeszentren ist relativ wenig Selbständigkeit möglich. In den meist kleineren kantonalen Durchgangszentren können die Asylsuchenden bereits individuell einkaufen und kochen. Auf Ebene der Gemeinde wohnen sie schliesslich überwiegend individuell und selbstverantwortlich. «Diese Personengruppe hat auch mehrheitlich eine längerfristige Perspektive in der Schweiz», sagt Thomas Kunz.

Bereits in den Asylzentren sollen die Leute so weit wie möglich ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben führen können, indem sie etwa ihre Wäsche selber waschen, ihr Zimmer reinigen und möglichst selber kochen.



Die Asylsuchenden sollen ein möglichst selbstständiges Leben führen können, indem sie etwa ihre Wäsche selber waschen, ihr Zimmer reinigen und selber kochen.

David Keller hält jedoch fest: «Die Integrationsbestrebungen beginnen grundsätzlich erst, wenn das Asylgesuch positiv bewertet wird und die Person einen Aufenthaltsstatus in der Schweiz erhält.» Zuständig für die Integration sind der Kanton und die Gemeinden.

«Bei raschem sehr hohem Bedarf an Betreuungskapazitäten ist der Einsatz von Schutzdienstpflichtigen sicher eine Option.»

Der Bund konzentriert sich auf die neu Ankommenden: Steigen die Gesuchszahlen stark an, muss die Registrierung beschleunigt werden. Dann werden die Asylsuchenden auch rascher den Kantonen zugewiesen, um Platz zu schaffen. In solchen Lagen werden die räumlichen Verhältnisse etwas enger, die «hohen Anforderungen an die Betreuung in den Zentren bleiben aber bestehen», hält David Keller fest.

In der ersten Frühlingshälfte 2016 bewegen sich die Eintritte in die EVZ auf einem vergleichsweise tiefen Niveau, die Behörden bereiten sich aber mit Blick auf die generell

sehr kritische Lage auf alle Eventualitäten vor. Eine neue Verordnung würde es Bund und Kantonen gar ermöglichen, im Notfall einzelne Schutzanlagen und Liegestellen zu requirieren.

Schutzanlagen grundsätzlich geeignet

Als Empfangs- und Verfahrenszentren wären Schutzanlagen aus betrieblichen Gründen undenkbar, sagt David Keller, und das SEM sei auch der Meinung, dass die Unterbringung in unterirdischen Anlagen «nicht optimal» sei. Wenn jedoch die Gesuchszahlen «bedeutend steigen», könnte das SEM angesichts der beschränkten Unterbringungskapazität des Bundes in Absprache mit den Kantonen auch auf Zivilschutzanlagen zurückgreifen.

«Der Aufenthalt der asylsuchenden Personen wird in solchen Unterkünften aber so kurz wie möglich gehalten.» Auch Thomas Kunz vertritt die Meinung, dass Zivilschutzanlagen sich vor allem dann eignen, wenn rasch Unterkünfte benötigt würden. «Zivilschutzanlagen sind nur eine vorübergehende Lösung.»

In manchen Kantonen standen auch schon Zivilschutzanlagengehörige bei der Betreuung von Asylsuchenden im Einsatz. Das SEM habe bisher kaum entsprechende Erfahrungen gemacht, sagt David Keller. «Grundsätzlich sind wie überall erfahrene Fachleute vorzuziehen. Bei raschem sehr hohem Bedarf an Betreuungskapazitäten ist aber der Einsatz von Schutzdienstpflichtigen sicher eine Option.»

Für Thomas Kunz ist es unerlässlich, dass das Betreuungspersonal gut geschult ist. «Die Betreuenden müssen beispielsweise in der Lage sein, in Konfliktsituationen deeskalierend zu wirken, sie bringen Sprachkenntnisse mit und haben eine Offenheit für andere Sitten und Gebräuche.» Auch er kann sich jedoch den Einsatz des Zivilschutzes vorstellen, wenn sich die Lage zuspitzen sollte:

«Schutzdienstpflichtige eignen sich für die Betreuung von Asylsuchenden, wenn es gleichzeitig erfahrene Profis vor Ort hat, die sie instruieren und anleiten können.»

Pascal Aebischer

Redaktionsleiter «Bevölkerungsschutz», BABS

Wissen: Schutzräume und -anlagen

Asylsuchende werden teilweise in Schutzanlagen des Zivilschutzes untergebracht. Schutzräume für die Bevölkerung dagegen werden nicht als Flüchtlingsunterkünfte genutzt. Lesen Sie den Beitrag zum Unterschied Schutzanlagen – Schutzräume im Alertswiss-Blog: www.alertswiss.ch/aktuelles

Einsatz «Refugio» der Zivilschutzorganisation Schaffhausen

Erfahrungen aus der Betreuung von Flüchtlingen

In der zweiten Jahreshälfte 2015 stieg die Zahl der eintreffenden Flüchtlinge in Europa dramatisch an. Auch in der Schweiz verschärfte sich die Lage. So kam die Zivilschutzorganisation Schaffhausen zu einem längeren Betreuungseinsatz.



Der Zivilschutz nimmt die ankommenden Flüchtlinge in Empfang.

In der Schweiz war im Herbst 2015 insbesondere die Nordgrenze vom Rückfluss aus Deutschland stark betroffen. Die Empfangs- und Verfahrenszentren (EVZ) stiessen an die Grenzen ihrer Aufnahmekapazitäten. Das Staatssekretariat für Migration SEM wandte sich deshalb an die Kantone, um mit «Voraufnahmestrukturen» die EVZ zu entlasten.

Die ersten Menüs kamen den Flüchtlingen gar exotisch vor.

Anfang Oktober gelangte das SEM an den Kanton Schaffhausen. Am 20. Oktober trafen das kantonale Sozialamt und die kantonale Zivilschutzorganisation (ZSO) erste Abklärungen. Eine Woche später entschied der Regierungsrat, den Bund mit 180 Voraufnahmeplätzen, aufgeteilt auf zwei Schutzanlagen, zu entlasten. Am 3. November wurde schliesslich die Vereinbarung zwischen dem SEM und dem Kanton unterzeichnet und gleichzeitig kommuniziert, dass am folgenden Tag die ersten Flüchtlinge eintreffen würden. Die Vereinbarung galt für eine befristete Dauer von drei Monaten (bis Ende Januar) und regelte die Entschädigung für die geleisteten Dienste.

Knappe Vorbereitungszeit

Die Zeit für die Einsatzvorbereitung war äusserst knapp bemessen. Zwischen den ersten Abklärungen und dem Eintreffen der Flüchtlinge vergingen nur gerade zwei Wochen. Zu Beginn bestanden viele Unklarheiten, so dass sowohl die planmässigen Kurse als auch der ausserordentliche Einsatz vorbereitet wurden. Die Verwaltungsstruktur des Zivilschutzes musste den Dienstbetrieb und die Jahresabschlussarbeiten normal weiterführen.

Eine Schaffhauser Delegation besuchte Kommandanten von Zivilschutzorganisationen im Kanton St. Gallen, die bereits Erfahrungen mit der Betreuung von Flüchtlingen gemacht hatten. Die dabei gewonnenen Eindrücke und Erkenntnisse flossen direkt in die Vorbereitungen ein und erleichterten die Arbeit in vielerlei Hinsicht.

Für die Unterkunft mussten zunächst die am besten geeigneten Schutzanlagen identifiziert werden. Die Wahl fiel auf je eine Anlage in der Stadt Schaffhausen und in Wilchingen. Sobald das Einverständnis der Gemeindebehörden vorlag, konnten die Anlagen den Vorgaben des SEM und der Feuerpolizei entsprechend vorbereitet werden. Gleichzeitig wurden die Logistikpartner für Reinigung und Verpflegung ausgesucht. Diese Vorbereitungen liefen im Hintergrund und parallel zu den politischen Prozessen.

Die grösste Herausforderung bestand in der Personalplanung, konnte der Einsatz «Refugio» doch bis zu drei Monate und über die Festtage dauern. In einer ersten Phase war geplant, die Formationen, die ihren Wiederholungskurs zu leisten hatten, dafür einzusetzen. Für die Phase

Von den über 500 Flüchtlingen sprachen nur ein paar ein wenig Deutsch und zwei Dutzend Englisch.

nach Mitte November wurde eine Eventualplanung erarbeitet. Eine einvernehmliche Lösung mit den Arbeitgebern und den Zivilschutzangehörigen wurde angestrebt, war aber nicht überall möglich. Allerdings zeigten nur wenige Dienstpflichtige Unverständnis, dass sie aufgeboten werden mussten.

Zivilschutz, Sozialamt und Freiwillige

Innert weniger als 24 Stunden nach der Vertragsunterzeichnung trafen die ersten Flüchtlinge in Schaffhausen ein. Die Flüchtlinge blieben in der Regel ein paar Tage und wurden dann in einem EVZ in den ordentlichen Asylprozess überführt.

Der Kanton betrieb die Aufnahmestruktur mit eigenen Kräften aus dem Zivilschutz und dem Sozialamt sowie mit zahlreichen Freiwilligen. Während das Sozialamt mit der Unterstützung der Freiwilligen die Betreuung am Wochenende abdeckte, betreute der Zivilschutz die Flüchtlinge über die gesamte Einsatzdauer durchgehend von Montag um 7 Uhr bis Freitag um 19 Uhr und war während der gesamten Zeit für die Infrastruktur und die Fahrzeuge verantwortlich. Hierfür arbeitete die ZSO in einem Dreischichtbetrieb.

Insgesamt standen pro Woche rund 40 Zivilschutzangehörige im Einsatz, und es wurden knapp 1400 Dienstage geleistet. Der Einsatz «Refugio» dauerte bis kurz vor



Dreischichtbetrieb, jede Woche neue Einsatzkräfte, eine andere Organisation am Wochenende, aber auch fast täglich neue Erkenntnisse: der Informationstransfer war eine grosse Herausforderung.

Weihnachten, als sich die Lage im Flüchtlingsbereich allgemein entspannte. Insgesamt wurden in den sieben Wochen über 500 Flüchtlinge betreut.

Dreischichtbetrieb, jede Woche neue Einsatzkräfte, eine andere Organisation am Wochenende, aber auch fast täglich neue Erkenntnisse: der Informationstransfer innerhalb der ZSO und mit dem Sozialamt war eine grosse Herausforderung. Insbesondere der Start am Montagmorgen gehörte jeweils zu den heikelsten Momenten.

Mahlzeiten und Krankheiten

Externe Leistungserbringer (Altersheime) bereiteten die warmen Mahlzeiten für die beiden Standorte zu. Teilweise waren den Flüchtlingen die ersten Menüs (beispielsweise süsse Birchermüesli) zu exotisch, so dass der Speiseplan auf die Bedürfnisse angepasst werden musste. Bei weiteren Einsätzen würde wohl der Menüplan der EVZ herangezogen.

Im Vorfeld kursierten Meldungen, wonach viele Flüchtlinge an Krätze erkrankt wären. Glücklicherweise traf dies auf die Flüchtlinge in Schaffhausen nicht zu. Dennoch beschäftigte die Betreuer der oft schlechte körperliche Zustand der Flüchtlinge massiv. Zeitweise waren bis zu einem Fünftel der Flüchtlinge in ärztlicher Behandlung; sogar einer hochschwangeren Frau galt die Fürsorge. Da die ZSO Schaffhausen über keine Sanitätsbetreuer verfügt, wurden zunächst alle Erkrankten zum Arzt gebracht. In Wilchingen schuf die Organisation der Landfrauen schliesslich eine Medizingruppe, die zweimal täglich für die nur leicht Erkrankten eine Art Visite anbot. Hinderlich waren dabei die sprachlichen Hürden.

Die Verständigung war generell erschwert. Von den insgesamt über 500 Flüchtlingen sprachen nur ein paar ein wenig Deutsch und zwei Dutzend Englisch, Übersetzer standen jedoch nur in unregelmässigen Abständen zur Verfügung. Deshalb wurde versucht, auf Plakaten die wichtigsten Informationen in Türkisch, Kurdisch, Arabisch, Dari und Farsi festzuhalten.

Hilfsbereite Bevölkerung

Nicht nur der physische Zustand der Flüchtlinge, sondern auch deren materielle Situation war teilweise prekär: Einige Personen hatten einen Koffer dabei, andere verfügten nur über die Kleider, die sie auf dem Leib trugen. Das So-

In der Bevölkerung waren die Solidarität und der Wunsch zur Mithilfe sehr gross. Diese Kräfte galt es zu bündeln und aus spontanen Aktionen koordinierte Einsätze zu planen, die auch über Wochen Wirkung erzielten. An einer öffentlichen Veranstaltung wurden die Einsatzkräfte und die Möglichkeit der Zusammenarbeit vorgestellt. Insbesondere die Landfrauen ergänzten das Aufgabenspektrum des Zivilschutzes im Bereich von medizinischer Erstversorgung, Kleiderabgabe, Wäscheservice und Unterhaltung perfekt.

Nicht nur der physische Zustand der Flüchtlinge, sondern auch deren materielle Situation war teilweise prekär.

Das Medienecho war nach Bekanntwerden des bevorstehenden Einsatzes sehr gross. Das Lokalradio übertrug die Ankunft der ersten Flüchtlinge sogar live. Grundsätzlich berichteten die Medien über den Einsatz sehr positiv. Einzig angeblich feuchte Unterkünfte wurden in einem Medienbericht kritisiert. Die Flüchtlinge selbst fielen in keinerlei Weise negativ auf und lieferten dadurch keinen Nährboden für hitzige Diskussionen.

Bereit für neue Einsätze

Die kantonale ZSO und das Sozialamt wurden durch den Einsatz zwar stark gefordert, konnten aber auch viele Erkenntnisse gewinnen und Lehren ziehen. Für die ZSO bedeutete die «Voraufnahme» von Flüchtlingen den längsten Einsatz überhaupt. Da die Profis, die sowohl in der Verwaltungs- als auch in der Milizstruktur Aufgaben wahrnehmen, besonders beansprucht wurden, übernahmen die Milizführer verstärkt Führungsaufgaben – in Zukunft muss die Führung durch die Milizkader einen Ausbildungsschwerpunkt bilden. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Amtsstellen, dem Bund und Freiwilligen konnte geübt und vertieft werden.

Die Zivilschutzangehörigen leisteten ihren Ernstfalleinsatz mit hoher Motivation und zur vollsten Zufriedenheit aller. Dank dieser Erfahrungen blickt der Grenzkanton Schaffhausen mit Respekt, aber auch mit Zuversicht auf die kommenden Monate, in denen ihn die Migration weiter beschäftigen wird.

In der Bevölkerung waren die Solidarität und der Wunsch zur Mithilfe sehr gross.

zialamt und die Landfrauen konnten den Flüchtlingen nach deren Ankunft den Zugang zu einem Kleiderraum ermöglichen, wo alle eine Garnitur Kleider aussuchen durften, die von der Bevölkerung gespendet worden waren.

Hansruedi Surbeck

Stellvertretender Kommandant der Zivilschutzorganisation Schaffhausen und Einsatzleiter «Refugio»

Matthias Bänziger

Abteilungsleiter Bevölkerungsschutz und Armee, Schaffhauser Polizei

Betreuung von Flüchtlingen

Lehren aus der Balkanroute

Falls in der Schweiz ein Durchgangszentrum für Flüchtlinge errichtet werden müsste, könnte der Zivilschutz durchaus eine wichtige Rolle spielen. Dies ist ein Erkenntnis eines Instructors, der an einer Mission der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA auf der Balkanhalbinsel teilgenommen hat.

Zwischen Oktober und Dezember 2015 hatte die humanitäre Hilfe der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA-HH die slowenische Regierung finanziell und mit Fachkräften unterstützt, um das Flüchtlingszentrum von Sentilj winterfest zu machen. Deshalb führte die DEZA-HH-Mission im Januar zuerst nach Slowenien, an die Grenze zu Österreich. Ein Besuch auf der österreichischen Seite in Spielfeld vervollständigte das Bild zu dieser Region. Danach ging es weiter nach Slavonski Brod, ins einzige Durchgangszentrum in Kroatien; dieses hatte nach einer internationalen Anfrage materielle Unterstützung von der Schweiz erhalten.

Aufgrund der zugespitzten Lage im Grenzgebiet zwischen Mazedonien und Griechenland wurde kurzfristig

entschieden, die Mission zu verlängern und in diese Region zu verlagern. In den Camps von Gevgelija (Mazedonien) und Idomeni (Griechenland) standen viele internationale und lokale Organisationen im Einsatz, sie arbeiteten aber nur wenig koordiniert. Aus humanitärer Sicht bestand zum Zeitpunkt des Besuchs kein Handlungsbedarf, die Situation war jedoch fragil. Die von den Regierungen kaum unterstützten Camps drohten zusammenzubrechen, falls sie sich von einem Durchgangs- zu einem Aufenthaltszentrum entwickeln würden. Diese Einschätzung bewahrheitete sich leider bereits im März 2016.

Grundsätzlich war der Ablauf in den Flüchtlingszentren auf dem Balkan überall gleich: Die Flüchtlinge liessen sich nach ihrem Eintreffen registrieren, machten eine kurze Rast und wollten auf dem schnellsten Weg weiterreisen; sie nutzten die Zwangspause, um sich für den weiteren Weg zu stärken. In Kroatien zum Beispiel stellten zwischen Oktober und Dezember bei rund 600 000 registrierten Flüchtlingen gerade mal 30 ein Asylgesuch. Meist koordinierte der Staat die Weiterreise, um so die Situation besser unter Kontrolle zu haben.

Ständiges Kommen und Gehen

Dass auf dem Balkan keine längere Betreuung nötig war, vereinfachte die Situation nicht: Die Durchreise und Kontrolle mehrerer tausend Flüchtlinge pro Tag war eine Herkulesaufgabe; Familien, Männer und Frauen verschiedener Herkunft trafen nach beschwerlicher Reise zusammen. Aufgrund der Sprache lässt sich feststellen, aus welcher Region Befragte kommen – und ob sie aus anerkannten Fluchtländern stammen. Dolmetschende müssen neutral sein, d. h. sie müssen übersetzen, ohne die Aussagen zu werten oder zu beeinflussen. In Österreich kommen deshalb nur noch vom Staat engagierte Dolmetschende zum Einsatz, auf Angehörige von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wird verzichtet.



Flüchtlingsbewegung und Durchgangszentren auf dem Balkan im Januar 2016.



Die Flüchtlinge liessen sich auf dem Balkan registrieren und nutzten die Zwangspause, um sich für den weiteren Weg zu stärken.

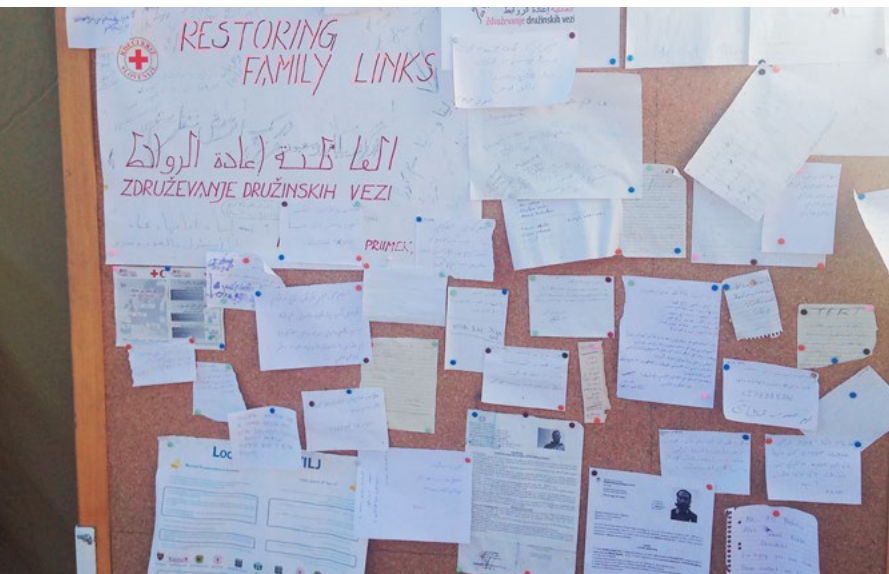
Bei dem ständigen Kommen und Gehen konnten die Flüchtlinge nicht oder nur selten in einen geregelten Ablauf eingebunden werden. Das Bestreben, möglichst schnell weiterzukommen, und die Aussicht, nur wenige Stunden an diesem Ort zu verbringen, verleitete viele zu extremer Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit. In den Waschbereichen beispielsweise zeigte sich – neben den tiefen Temperaturen – das Verhalten der Flüchtlinge als Hauptproblem: Die Infrastruktur litt unter mangelhafter Handhabung und fehlender Sorgfalt. In Slavonski Brod mussten nach der Registrierung alle Flüchtlinge durchs Kleiderzelt, was einige, wie die Missionsangehörigen beobachten konnten, zum Hamstern nutzten.

Zu den Grundbedürfnissen in einem Durchgangszentrum gehören Informationen über die Lage und die Kommunikation mit Angehörigen. Den Bedürfnissen nach Informationen zu Transportmöglichkeiten, Abfahrtszeiten, Grenzöffnung usw. wurde zum Teil via Lautsprecher oder mit Infotafeln entsprochen. Damit die Flüchtlinge ihre Handys aufladen konnten, standen Stromleisten oder gar festinstallierte Ladekabel für alle Marken zur Verfügung. Weil nicht alle Flüchtlinge ein Handy besaßen, aber doch mit

den Nachreisenden zu kommunizieren wünschten oder gar jemanden suchten, wurden in einigen Camps «Messageboards» eingerichtet.

Planung der Manpower

Die Anforderungen an die Infrastruktur sind umfassend. In einer ersten Phase errichtete Kroatien innert Stunden mehrere kleinere Camps. Das grosse Durchgangszentrum Slavonski Brod musste hingegen erst geplant, aufgebaut und in Betrieb genommen werden. Dies dauerte mehrere Wochen. Der kroatische Innenminister wies darauf hin, dass die Bewältigung eines solchen Menschenandrangs eine gute Planung und Koordination voraussetzt – nicht zuletzt bezüglich der Einsatzkräfte. In Slavonski Brod waren pro Tag 300 Personen in der Betreuung und 500 Personen für Sicherheit, Logistik und Registrierung tätig. Die Manpower, die ein solches Durchgangszentrum mit 24-Stunden-Betrieb verlangt, wäre auch für die Schweiz die grösste Herausforderung. Auf dem Balkan zeigte sich ein Phänomen, mit dem die Schweiz wenig Erfahrung hat: die Durchreise mehrerer tausend Flüchtlinge pro Tag. Die Betreuer in der Schweiz lernen, Schutzsuchende zur



Für Flüchtlinge, die Mitteilungen hinterlassen wollten, wurden in einigen Camps «Messageboards» eingerichtet.

«Hilfe zur Selbsthilfe» anzuleiten. Dies ist aber erst möglich, wenn die Flüchtlinge länger anwesend sind. Eine so prekäre Situation, wie sie im Grenzgebiet von Mazedonien und Griechenland aufgetreten ist, dürfte sich in der Schweiz nicht ergeben. Die Schweiz kann auf eine breite Erfahrung im Umgang mit Flüchtlingen bauen, auch wenn das Schwergewicht in der Behandlung von Gesuchten, in der Unterbringung und in der Integration der Asylsuchenden liegt. Verschiedene Organisationen und Firmen stehen dazu im Einsatz, zum Teil beteiligten sich auch schon Zivilschutzorganisationen.

Zivilschutz als wichtiger Partner

Der Auftrag des Zivilschutzes bei solchen Einsätzen lautet vorwiegend, die Betreiber von Asylzentren zu unterstützen. Die Betreuung von schutzsuchenden Personen ist einer der Grundaufträge des Zivilschutzes. Der Auftrag bezieht sich nicht nur auf die Betreuung der Schweizer Bevölkerung, sondern gilt auch für Schutzsuchende aus dem Ausland. Der Betreuungsdienst bringt als einziger Bereich im Verbund des Bevölkerungsschutzes die erforderlichen Fähigkeiten mit.

Meist koordinierte der Staat die Weiterreise, um so die Situation besser unter Kontrolle zu haben.

Das Bereitstellen und Betreiben von Betreuungsstellen gehört zum Kerngeschäft des Betreuungsdienstes. Die Zusammenarbeit mit anderen Diensten des Zivilschutzes gewährleistet einen reibungslosen Betrieb. Dies wurde in der Vergangenheit erfolgreich unter Beweis gestellt und wird immer wieder trainiert.

Der Zivilschutzbereich Unterstützung kann beim Errichten der notwendigen Infrastruktur eingesetzt werden und die Führungsunterstützung bei der Registrierung. Der Zivilschutz wäre in einem Durchgangszentrum allerdings nur einer von mehreren Partnern: Die Logistik müsste sicher unterstützt werden, vor allem auf materiellem und sicherheitstechnischem Gebiet, etwa von der Armee. NGOs könnten medizinische Anforderungen abdecken oder die Kleiderverwaltung organisieren. Die Konzentration der Ressourcen auf einen Standort – wie in Kroatien umgesetzt – erscheint sinnvoll. Dabei muss ein Durchgangszentrum flexibel und überschaubar sein; eine Zivilschutzanlage genügt den Anforderungen nicht. Geeignete Standorte müssten evaluiert werden, auch eine Absprache mit den Nachbarländern bzw. der EU wäre erforderlich.

Einsatzbezogene Ausbildung

Ein besonderes Augenmerk müsste auf die einsatzbezogene Ausbildung der Einsatzkräfte gerichtet werden: Aus dem Alltag kommend, erscheinen die Zivilschützer zu ihrem Einsatz mit ihren Haltungen und Vorstellungen – meist von der Berichterstattung der Medien geprägt. Die Einsatzvorbereitung soll ihrer Information dienen und das Verständnis für die Flüchtlinge erhöhen; dabei gilt es, auch Ängste und Bedenken zu besprechen. Die psychosoziale Unterstützung der Flüchtlinge wurde auf dem Balkan – durch Abdeckung der Grundbedürfnisse – weitgehend sichergestellt. Wie wichtig es ist, ebenfalls die Einsatzkräfte zu begleiten, zeigte sich in Mazedonien, wo die Staatsangestellten weder vorgängig eine einsatzbezogene Ausbildung noch eine Unterstützung während des Einsatzes erhielten. Die Einsatzkräfte liefen meistens am Limit.

Einsatzkräfte sind mit Situationen konfrontiert, die sie in ihrem gewohnten Alltag nicht erleben. In Slowenien und Kroatien wurde rasch ein Grundangebot an psychosozialer Unterstützung aufgebaut. Regierungs- und NGO-Vertreter sind sich einig: Bei einem neuerlichen Einsatz würden sie viel mehr Gewicht darauf legen, da sich dadurch die Einsatzfähigkeit steigern und die Zahl der Ausfälle verringern lässt. In der Schweiz ist zur psychosozialen Nothilfe für Einsatzkräfte die Rolle der Peers bekannt.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass der Schweizer Zivilschutz durchaus in der Lage wäre, die Leitung eines Durchgangszentrums zu übernehmen. Unumgänglich dazu sind klare Strukturen und die Koordination durch eine zentrale Stelle – dies haben die Besuche auf der Balkanroute gezeigt.

Didier Bieri

Instruktor im Ausbildungsbereich Einsatz, BABS

Kulturgüterschutz

Liechtenstein lagert Mikrofilme in der Schweiz ein

Das Fürstentum Liechtenstein kann künftig Mikrofilme bedeutender Kulturgüter im Schweizer Mikrofilmarchiv einlagern. Bundesrat Guy Parmelin und die liechtensteinische Aussenministerin Aurelia Frick haben am 28. April 2016 eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet.

Sicherheitskopien in Form von Mikrofilmen können bei einer Beschädigung oder Zerstörung eines Kulturgutes massgeblich zu dessen Wiederherstellung beitragen. Das Fürstentum Liechtenstein verfügt aber nicht über die passenden Räumlichkeiten für die Aufbewahrung seiner Mikrofilme und kann auch eine angemessene räumliche Trennung zu den Originalen nicht garantieren. Deshalb hat das Fürstentum die Schweiz ersucht, die Mikrofilm-Sicherheitskopien seines Landesarchivs in den Räumlichkeiten des Schweizer Mikrofilmarchivs in Heimiswil (BE) unterzubringen.

Der Bundesrat hat im März 2016 eine Zusammenarbeit mit dem Fürstentum Liechtenstein gutgeheissen und

das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS ermächtigt, eine entsprechende Vereinbarung zu unterzeichnen. Der Inhalt der Vereinbarung wurde vom Amt für Kultur des Fürstentums Liechtenstein und dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS erarbeitet.



Bundesrat Guy Parmelin und die liechtensteinische Aussenministerin Aurelia Frick bei der Unterzeichnung der Vereinbarung in Bern.

Neue Verordnung

Requisition von Zivilschutzanlagen

Der Bundesrat hat am 11. März 2016 die neue Verordnung über die Requisition von Zivilschutzanlagen zur Bewältigung von Notlagen im Asylbereich verabschiedet. Damit können Bund und Kantone im Notfall rascher auf die Ressourcen des Zivilschutzes zurückzugreifen. Die Verordnung ist am 1. April 2016 in Kraft getreten.

Die Lage im Asylbereich ist seit einiger Zeit angespannt. Die künftige Entwicklung lässt sich derzeit nicht zuverlässig vorhersehen. Es ist nicht auszuschliessen, dass die Zahl neu eintreffender Asylsuchender innert kurzer Zeit ansteigen kann. Vor diesem Hintergrund erarbeiten Bund und Kantone unter Leitung des Staatssekretariats für Migration SEM eine nationale Vorsorgeplanung, die auch den Einsatz von Ressourcen des Zivilschutzes für den Asylbereich umfasst.

Ein Element dieser Vorsorgeplanung ist die vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS in Zusammenarbeit mit den kantonalen Partnern erarbeitete neue Verordnung über die Requisition von Schutzanlagen und Liegestellen

zur Bewältigung von Notlagen im Asylbereich. Sie stützt sich auf das im Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz statuierte Requisitionsrecht für den Zivilschutz und regelt die Einzelheiten einer möglichen Requisition von Schutzanlagen und Liegestellen durch den Bund oder durch die Kantone. Es handelt sich dabei um eine rein vorsorgliche Massnahme. Bevor eine Requisition tatsächlich erfolgen kann, ist zwingend ein weiterer Beschluss des Bundesrates bzw. der kantonal zuständigen Stelle, d. h. in der Regel der Kantonsregierung, erforderlich, der/die das Vorliegen einer nationalen bzw. kantonalen Notlage feststellt und den Zivilschutz zu deren Bewältigung anbietet.

Erlebnisbericht zum Kurs «Motorsäge- und Forstarbeiten»

Sicherheit hat oberste Priorität

Haben Sie schon mal einen Baum gefällt, einen richtig grossen? Ich bis vor kurzem auch noch nicht. Entsprechend gross war zu Beginn der Kurswoche ZS-53, Motorsäge- und Forstarbeiten, mein Respekt vor der Aufgabe und vor den majestätischen Riesen in unseren Wäldern. Am Montagmorgen fanden wir uns voller Tatendrang im Klassenzimmer ein und wurden von der Kursmannschaft herzlich empfangen. In einem ersten Theorieblock erhielten wir das nötige Rüstzeug für den Start in eine intensive und unfallfreie Arbeitswoche im Wald. Die Klassenlehrer konfrontierten uns mit den Sicherheitsmassnahmen, der persönlichen Schutzausrüstung und den Grundlagen des Holzschlages. Wir erfuhren, wie ein Baum richtig «anzusprechen» (so der Fachjargon fürs Beurteilen) ist, bevor man ihm zu Leibe rücken darf. Aber vor lauter Baum darf der «Wald» nicht übersehen werden: Die Schlagorganisation beinhaltet, den Arbeitsbereich abzusperren und die nötigen Warnhinweise und Signalisationen anzubringen; die Notfallorganisation bestimmt insbesondere allfällige Treffpunkte und Einsatzorte für Nothilfekräfte wie Sanität und Rega.

Am Nachmittag ging es richtig los: Wir begaben uns in das Waldstück oberhalb von Schwarzenburg und begutachteten unseren Klassenbaum. An diesem Exemplar demonstrierte der Instruktor Punkt für Punkt, wie ein Baum fachmännisch gefällt wird.

Ein erhabener Moment

Was für ein erhabener Moment, als der Koloss von fast 40 Metern Länge sich langsam neigte und schliesslich polternd und krachend auf dem Waldboden aufschlug!

Damit war vielleicht der spektakulärste, aber erst der einfache Teil erledigt. In Zweiergruppen machten wir unsere ersten Gehversuche – immer unter der fachlichen Aufsicht und Anleitung unseres Instructors. Schon die ersten Bäumchen boten Herausforderungen. Die Aufgaben lauteten: Fallkerbe exakt einsägen, Fallkerbe überprüfen, Fallrichtung gegenprüfen und schliesslich zum Trennschnitt ansetzen. Die Kettensägen waren schwere, sehr leistungsfähige Modelle – was wir abends alle in Form von Muskelkater zu spüren bekamen.

Bevor wir am nächsten Morgen zurück in den Wald führen, absolvierten wir wiederum einen Theorieblock; die Themen lauteten Entasten und Trennschnitte. Fleissig übten wir uns dann darin, Bäume anzusprechen und zu beurteilen, Fallkerben anzuzeichnen und zu sägen, die Richtung zu kontrollieren, Fällschnitte zu sägen, Keile zu setzen und schliesslich die Bäume zu fällen. Daneben gab es bereits wieder neue Herausforderungen mit Trennschnitten an Baumstämmen, die unter Spannung standen. Diese Spannungen mussten richtig eingeschätzt werden, damit die Sägen an der richtigen Stelle (immer in der Druckzone) angesetzt werden konnten.

Viele weitere Punkte und Fachthemen begegneten uns in dieser Woche: Neben Fällen, Trennen und Entasten lernten wir die Wartung der Motorsäge und das Schärfen der Kette im Feld. Immer wieder trainierten wir den korrekten Ablauf beim Fällen, mit allen Sicherheitsaspekten, wir legten den Rückzugsort fest und markierten diesen mit einem roten Suva-Tuch, sicherten den Gefahrenbereich ab und sperrten – wenn nötig – die Strasse. Auf dem Programm stand auch das Vorgehen bei hängenden oder stark geneigten Bäumen.

Das Wetter war uns in dieser Woche nicht immer gut gesinnt. Neben Kälte, Schnee und Regen machten uns zu Beginn vor allem starke Windböen zu schaffen. Windböen bilden ab einer gewissen Windstärke für den Holzschlag ein erhebliches Sicherheitsrisiko.

Die Tage vergingen wie im Flug, und mit dem Drill gewannen wir an Sicherheit und Routine. Die Stimmung in der Kursgruppe war sehr gut, der Umgang kameradschaftlich, alle waren mit Eifer und Elan bei der Sache. Dann stieg aber bei manchem die Nervosität: Die Schlussprüfung stand bevor. Es galt, einen Baum richtig zu beurteilen und nach allen Regeln der Kunst zu fällen.

Achtung!

In meinem Fall handelte es sich um eine beachtliche Rotanne von 60 Zentimetern Durchmesser und gut 35 Metern Höhe. Das Sägen der Fallkerbe verlief routiniert, und nachdem ich sie kontrolliert hatte, setzte ich zum Fällschnitt an. Dabei ist der Warnruf besonders wichtig: Ein

Kurswoche ZS-53

Die Zivilschutzorganisationen verzeichnen eine Zunahme der Zahl von Aufräum-, Unterhalts- und Gemeinschaftseinsätzen im Wald. Ein zentraler Aspekt dabei ist es, die Sicherheit der Truppe zu gewährleisten. Die Ausbildungssequenz ZS-53 bietet InstruktorInnen des Zivilschutzes eine umfassende und vertiefte Ausbildung im Bereich «Motorsäge- und Forstarbeiten» und verschiedene praktische Einsatzerfahrungen.

Kursziele des Ausbildungsangebots des Bundesamts für Bevölkerungsschutz BABS sind:

- Gefahren erkennen,
- Grenzen von Forsteinsätzen im Zivilschutz richtig abschätzen,
- breites Fachwissen aufbauen und trainieren,
- Sicherheitsaspekte und -dispositiv kennen und richtig anwenden,
- selbständig bei einfachen Verhältnissen einen Baum sicher fällen und aufrüsten,
- einfache Trennarbeiten ausbilden und ausführen.



Bei der Prüfung: die Fallkerbe ist vorbildlich gesägt.

lautes «Achtung!» kündigt den Beginn der abschliessenden Sägearbeiten an; keine Personen dürfen sich mehr im Gefahrenbereich – in der Fallrichtung mit einem Fächer von 90 Grad – aufhalten.

Ich setzte zum Schnitt an, sägte gut Dreiviertel des Stamms durch und brachte den Keil an. Nach einigen Schlägen sass dieser fest im Sägespalt und verhinderte ein Umkippen des Baumes nach hinten. Nach einem weiteren Warnruf sägte ich den Schnitt zu Ende und trieb den Keil tiefer. Ein gut hörbares Knirschen kündigte den Fall des Baumes an. Sobald er sich zu neigen begann, begaben wir uns schnellstmöglich in den sicheren Bereich ausserhalb der Projektion der Krone. Mein Baum fiel wie geplant zu Boden – womit der erste Teil der Prüfung erfolgreich bestanden war. Die Abschlussarbeiten umfassten das Säubern des Stockes, das Entasten des Baumes und das Zuschneiden des Stamms auf «handliche» Fünfmeterstücke für die Weiterverarbeitung. Alles bestens eingeübt.

Am Ende dieser intensiven und abwechslungsreichen Woche blickte ich zufrieden zurück: Ich hatte meinen Rucksack mit viel Fachwissen und praktischen Übungen erweitert. Dies ist wertvoll für meine künftige Tätigkeit als Instruktor im Ausbildungsbereich Unterstützung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz BABS. Die grosse Herausforderung wird sein, Praxis und Routine nicht zu verlieren. In diesem Punkt sehe ich auch das BABS gefordert.

Der Kurs bietet eine optimale Ausbildung für Instruktor*innen im Zivilschutz, die damit rechnen müssen, sich mit ihrer Truppe bei Einsätzen im Wald wiederzufinden, etwa für Aufräumarbeiten oder zur Waldpflege. Dabei hat Sicherheit oberste Priorität. Dank dem Kurs ZS-53 sind Instruktor*innen oder Gruppenführer bestens gerüstet.

Beat Schib

Instruktor im Ausbildungsbereich Unterstützung, BABS

Bei Forstarbeiten zu beachten

- Nicht alleine arbeiten,
- Baum fachlich korrekt beurteilen (ansprechen),
- Gefahren- und Fallbereich überwachen,
- Rückzugsort definieren und aufsuchen,
- nicht unter Lasten aufhalten,
- gegen Absturz sichern,
- sichere Arbeitsmittel einsetzen,
- Erste Hilfe sicherstellen,
- Lernende betreuen,
- Schutzausrüstung tragen.

10 Jahre Tierseuchengruppe

Vorzeigemodell aus der Ostschweiz

Als Reaktion auf eine drohende Geflügelpest wurde 2006 eine «Einsatzgruppe zur Bekämpfung von hochansteckenden Tierseuchen» gegründet. In den vergangenen zehn Jahren schufen die Kantone St. Gallen und beider Appenzell buchstäblich aus dem Nichts eine schlagkräftige, mittlerweile über die Landesgrenzen hinweg wirkende Organisation.

In den Ostschweizer Bevölkerungsschutz- und Veterinärkreisen ist die «Tierseuchengruppe» ein Begriff. Den Kantons- und Amtstierärzten steht im Bedarfsfall eine Organisation zur Verfügung, die sie aus regelmässigen gemeinsamen Übungen kennen und die für solche Einsätze ausgebildet und trainiert ist. Der Weg hierhin war lang und steinig, es brauchte viel Durchhaltewillen, viel Eigenentwicklung und die stete Bereitschaft zum «Learning by Doing».

Aus der Not geboren

Die zunehmende Bedrohung durch hochansteckende Tierseuchen wie Schweinepest, Vogelgrippe oder Maul- und Klauenseuche legten 2005 eine Verstärkung der präventiven Massnahmen nahe. Die Kantonstierärzte des Kantons St. Gallen und beider Appenzell schlugen deshalb die Schaffung einer gemeinsamen, interkantonalen Einsatzgruppe zur Bekämpfung solcher Seuchen vor. Die Mitglieder dieser Gruppe sollten aus dem Zivilschutz rekrutiert werden.

Die zuständigen Ämter für den Zivilschutz in den drei Kantonen boten Hand für eine rasche und unkomplizierte Kooperation. In Anbetracht der Befürchtungen einer Pan-

demie im Zusammenhang mit der Vogelgrippe und mit Blick auf die hohe Sensibilität der Bevölkerung auf dieses Thema empfahl die Arbeitsgruppe eine zügige Formierung der Tierseuchengruppe.

Die Regierungen aller drei Kantone genehmigten Anfang 2006 das Vorhaben und erteilen den Auftrag, das Konzept möglichst rasch umzusetzen. Unter grosser Beachtung der Medien wurde kurz darauf die erste Staffel von Zivilschutz-Pionieren rekrutiert und im Mai 2006 in einem dreitägigen Kurs auf die neue Aufgabe vorbereitet. Beteiligt waren rund 30 Schutzdienstpflichtige aus mehr als einem Dutzend Zivilschutzorganisationen. Praktisch in allen Bereichen – von der Organisation über die Einsatzdoktrin bis zum Material – wurde in einer eigentlichen «Hauruck-Aktion» Neuland betreten.

Stete Professionalisierung

Da es keine vergleichbare Organisation in der Schweiz gab, mussten die Veterinärämter in aller Eile Einsatzunterlagen schaffen und Arbeitsmaterial für Absperrungen, Tötungen und Desinfektionen bereitstellen. Spezialisten des Veterinärdienstes der Armee standen dieser Gründung mit Rat und Tat zur Seite. Die ersten Personen-Dekontaminationsschleusen wurden noch aus Dachlatten und Bauplastik gezimmert, zur Reinigung von Fahrzeugen wurden aufwändige Gerüste errichtet.

Seither findet jedes Jahr eine mindestens zweitägige Ausbildung statt, jedes zweite Jahr gekoppelt mit einer Einsatzübung auf einem Gehöft. Schritt für Schritt, Erfahrung um Erfahrung wurde die Organisation modernisiert und professionalisiert. An die Stelle der «Lättli»-Personenschleusen sind in Minutenschnelle aufblasbare Deko-Zelte getreten, beheizt und mit einer Warmwasser-Entgiftungsdusche versehen. Die schwerfälligen Fahrzeugschleusen wurden durch flache Bodenwannen mit mobilen Absprühgeräten ersetzt. Die Handhabung des Materials und die verschiedenen Einsatztechniken sind in einem umfangreichen Fachbehelf detailliert beschrieben. Die Einsatzdoktrin ist laufend verbessert und in einem speziellen Führungsbehelf festgelegt worden.

2010 kam Liechtenstein dazu

Vor sechs Jahren ist das Fürstentum Liechtenstein der Tierseuchengruppe beigetreten. Seither werden die Übungen und Einsätze über die Landesgrenzen hinweg durchgeführt – auch dies ein Novum in der Ostschweiz.

Bestens gerüstet

Als Kantonstierarzt bin ich bei einem Ernstfall im Kanton verantwortlich dafür, dass die Seuchenbekämpfung von A bis Z funktioniert. Dazu bin ich auf ausgebildete Mitarbeitende und ausreichend geeignetes Material angewiesen. Insbesondere bei hochansteckenden Seuchen fehlt die Zeit, um noch Mittel zu beschaffen oder Leute auszubilden. Es muss schnell und richtig gehandelt werden. Die Tierseuchengruppe ist für mich mit ihren ausgebildeten, schnell einsatzbereiten Pionieren und ihrem erprobten Material das entscheidende Element in unserer Tierseuchenorganisation.

Überregionale Krisen lassen sich am besten in engster Zusammenarbeit mit den Nachbarn lösen. Das haben die Ereignisse der letzten Jahre rund um die Schweineseuche PRRS oder die Tuberkulose deutlich gezeigt. Für Einsätze, egal in welchem Kanton, konnten wir die Tierseuchengruppe einfach und schnell aufbieten. Dazu kommt, dass anlässlich der Übungen und Ausbildungstage die Amtstierärztinnen und -tierärzte und die Fachmitarbeitenden der angeschlossenen Veterinärdienste jedes Jahr mit den Tierseuchenpionieren und ihren Kadern zusammentreffen. Dabei lernen sie sich auch gegenseitig sehr gut kennen, was in der Krise äusserst wertvoll ist.

Albert Fritsche, Kantonstierarzt St. Gallen



Keulung von Hühnern mit einer CO₂-Anlage während einer Übung 2015.

Die Liechtensteiner Pioniere rekrutieren sich nicht aus dem Zivilschutz, sondern zumeist aus dem öffentlichen Dienst. Das Material ist heute für die Bearbeitung von mindestens zwei Seuchenhöfen gleichzeitig ausgelegt. Es wird zentral in der Stadt St. Gallen gelagert und gewartet. Die personelle Stärke hat sich auf rund 60 Personen verdoppelt. Als Zugführerin ist auch eine Frau dabei. Seit Jahren werden die Ausbildungen und Übungen in enger Zusammenarbeit mit den Amtstierärztinnen und -tierärzten durchgeführt. Gelenkt wird die Gruppe von den Kantonstierärzten der drei Kantone, dem Landestierarzt des Fürstentums sowie Vertretern der Bevölkerungsschutz-Koordinationsstellen. Inzwischen haben diverse Einsätze im Zusammenhang mit Geflügel-, Schweine- und Rinderseuchen stattgefunden. Aus der Pionierorganisation ist eine schlagkräftige, modern ausgerüstete und etablierte Einsatzgruppe geworden.

Detlev Eberhard

Mitglied des leitenden Gremiums der Tierseuchengruppe

Herausforderung und Gewinn

Die verantwortungsvolle Aufgabe der Tierseuchenbekämpfung verlangt Organisation und Vorbereitung. Kleine Organisationseinheiten stossen hier rasch an ihre Grenzen. Aufgabe und Anspruch liessen Liechtenstein daher bei der Tierseuchengruppe anklopfen. In der Folge wurde eine länderübergreifende Einsatzgruppe aufgebaut. Damit ist auch Liechtenstein für die Verteidigung der Tierseuchengesundheit gewappnet. Die heterogene und dynamische Struktur der Tierseuchengruppe ist Herausforderung und Gewinn gleichermassen.

Peter Malin, Landestierarzt Liechtenstein

Publikation «KGS Forum 26»



Kulturgüter auf Reisen

Der Transport von Kulturgütern ist eine heikle Sache. Bisweilen ist ein Umzug unumgänglich, in anderen Fällen gehören temporäre Ortswechsel fast zum «Alltag» eines Kulturguts und bei besonders wertvollen Exponaten sind die unterschiedlichsten Vorsichtsmassnahmen zu treffen. Die Beiträge im «KGS Forum 26» zeigen anhand verschiedener Beispiele, wie die Sicherheit für die betroffenen Kulturgüter möglichst gut gewährleistet werden kann.

Dabei ist durchaus eine Kluft zwischen der Handhabung von Profis bei kostbarsten Objekten und der Betreuung durch Laien bei Alltagsgegenständen zu erkennen – ein Punkt trifft aber in jedem Fall zu: Es werden überall verantwortungsbewusst möglichst gute vorbereitende Massnahmen getroffen, um allfällige Schäden vermeiden zu können.

Organisation für das Verbot von chemischen Waffen OPCW

Besondere Aufgabe für das Labor Spiez

Um den Status als Vertrauenslabor der Organisation für das Verbot von chemischen Waffen OPCW aufrecht zu erhalten, muss das Labor Spiez jährlich einen anspruchsvollen Test bestehen. Dieses Jahr übernimmt das Labor Spiez dabei eine besondere Aufgabe: Im Auftrag der OPCW stellt es die Musterproben her, die den am Test teilnehmenden anderen Labors zur Analyse zugestellt

werden. Dies ist fachlich noch anspruchsvoller und auch umfangmässig aufwändiger als eine normale Teilnahme am Test. Die Aufgabe bedeutet also grossen Aufwand und Verantwortung – es ist aber auch eine weitere Gelegenheit, bei der das Labor Spiez seinen Status als eines der weltweit führenden Labors im Dienste der OPCW unter Beweis stellen kann.

Werterhaltungsprojekt Polycom 2030

Wichtige Systemkomponente wird entwickelt

Ein grosser Teil der im System Sicherheitsfunknetz Polycom genutzten Komponenten ist mehr als zehn Jahre in Betrieb und muss aufgrund des Technologiewandels dringend erneuert werden. Der Bundesrat hat deshalb im März 2016 dem BABS für das Werterhaltungsprojekt Polycom 2030 einen Nachtragskredit von 13,8 Millionen Franken bewilligt. Gestützt auf diesen Finanzierungsbeschluss konnte

das BABS mit dem Systemintegrator Atos Schweiz AG einen Vertrag für die Entwicklung eines «Gateways» abschliessen. Bei diesem handelt es sich um eine wichtige Systemkomponente, die es ermöglichen wird, die kantonalen Polycom-Teilnetze und die vom Grenzwachtkorps betriebenen Teilnetze, die als erste auf eine neue Technologie umgestellt werden, parallel zu betreiben.

Beurteilung der Gefährdung durch Extremhochwasser der Aare

Hauptstudie lanciert

Damit die Gefährdung flussnaher Anlagen durch extreme Hochwasserereignisse an der Aare besser beurteilt werden kann, benötigen die Behörden einheitliche Gefahrenszenarien, die auf neuesten Methoden beruhen. Genau dies soll mit dem Projekt «Gefahregrundlagen für Extremhochwasser an Aare und Rhein (EXAR)» erreicht werden. Die Hauptstudie des Projekts wurde im Februar 2016 lanciert; die Ergebnisse sollten in zwei Jahren vorliegen.

Seit 2013 arbeiten das Bundesamt für Umwelt BAFU, das Bundesamt für Energie BFE, das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI sowie das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS im Rahmen des Projekts EXAR zusammen. Ziel ist die Ausarbeitung einheitlicher und kohärenter Grundlagen für die Beurteilung der Gefahren im Zusammenhang mit seltenen und extremen Hochwasserereignissen an der Aare (Ereignisse mit einer Wiederkehrperiode von 10 000 oder mehr Jahren).

Weiterbildungskurse im Kanton Luzern

«In den Zivilschutz, fertig, los!»

Um in den Zivilschutzorganisationen neue Abläufe schnell umsetzen und neues Material einführen zu können, besucht das Kader im Kanton Luzern seit über 10 Jahren periodische Weiterbildungskurse. Dieses Jahr nahmen 350 Offiziere und Gruppenführer teil.

Der Kanton Luzern legt in den Weiterbildungskursen (WBK) grossen Wert auf eine einsatzbezogene Ausbildung sowie auf die Schulung der Führung und der Methodik und Didaktik. Mit vielen praktischen Arbeiten werden die Kaderleute jährlich mindestens einen Tag lang weitergebildet.

Im Januar und Februar 2016 fand sich das Zivilschutzkader zu einem eintägigen WBK im Ausbildungszentrum Sempach ein. Das Ausbildungsprogramm fokussierte auf die Erkenntnisse aus Einsätzen und Wiederholungskursen des Vorjahres sowie auf Neuerungen in den Fachbereichen. Im Vordergrund standen die Führung und die Fachtechnik. In einer ersten Sequenz wurden die verschiedenen Führungsstile und deren Umsetzung im Einsatz thematisiert. Ein wichtiger Bestandteil waren die Erfahrungen des Kadern aus den Einsätzen.

Ausgehend vom Unwetter 2015

In der anschliessenden Übung wurde die Führung im Einsatz trainiert. Als Übungsanlage diente das schwere Unwetter von Dietikon vom Juni 2015, bei dem der Zivilschutz über mehrere Tage im Einsatz stand. Da bereits die Kommandanten anhand dieses Ereignisses die Einsatzführung trainiert hatten, konnten die Offiziere nahtlos mit dem Befehl der Kommandos weiterarbeiten. Die Zugführer bekamen nach einer umfassenden Einführung die Aufgabe, die Problemerkennung und Befehlsgebung auf ihrer Stufe zu entwickeln. Die Gruppenführer arbeiteten mit den Befehlen der Offiziere weiter und trainierten in einer Einsatzübung die stufengerechte Anwendung. Dank der stringenten Ausbildung über alle Stufen hinweg sind die Abläufe in künftigen Einsätzen allseits bekannt. Der zweite Teil stand unter dem Titel «In den Zivilschutz, fertig, los!». Diese Ausgangslage verpflichtete. Grundsätzlich ging es im Ausbildungsblock um Einsatztaktik und um fachtechnische Aspekte. Zur Einsatztaktik mussten bei einer zufälligen Aufgabenzuteilung verschiedene Aufträge ausgeführt werden: Ladung sichern, Bagger in Betrieb nehmen, Trennschnitte bestimmen, Personensicherung am Modell aufzeigen etc. Anschliessend wurden die Posten besprochen und einsatztaktische Punkte wie



Eine Aufgabe lautete: Ladung sichern!

Zugsstruktur, fachtechnische Aspekte und Ausbildungsstand der Mannschaft sowie die zur Verfügung stehenden Fachspezialisten – etwa Fahrer, Holzer mit Fachausweis, Spezialisten Absturzsicherung, Baggerführer – und berufliche Fähigkeiten der Teilnehmer eruiert.

Den Abschluss bildete eine kurze Einsatzübung, bei der das Gelernte unter Einhaltung der korrekten Befehlsgebung und Berücksichtigung der taktisch besprochenen Elemente umgesetzt wurde. Die klar erkennbare Leistungssteigerung überzeugte alle.

Positives Feedback

Der WBK 2016 darf als rundum gelungen bezeichnet werden: Das Instruktorenteam in Sempach hat die Lektionen mit viel Fachverstand und Herzblut erarbeitet und durchgeführt. Die Teilnehmer haben motiviert mitgearbeitet und sind bestrebt, das Gelernte in den Zivilschutzorganisationen umzusetzen. Die vielen Gespräche zwischen Kursleitung, Instruktoren und Teilnehmern fielen durchwegs positiv aus.

Kanton Glarus mit Defizitanalyse

Grundlagen zur Vorsorgeplanung

Eine gut organisierte Notfallvorsorge ermöglicht es im Ereignisfall, Schäden zu begrenzen und Auswirkungen zu reduzieren. Der Kanton Glarus hat eine Defizitanalyse durchgeführt, um sein Verbesserungspotenzial zu bestimmen.

Auf dem Weg zu einer optimalen Notfallvorsorge gilt es, in einer ersten Phase eine Gefährdungsanalyse durchzuführen. Eine solche liegt für den Kanton Glarus seit Anfang 2014 vor. Auf die Gefährdungsanalyse folgt in einer zweiten Phase die Defizitanalyse. Ziel einer Defizitanalyse ist es, anhand der Gefährdungsszenarien – im Kanton Glarus neun an der Zahl – die Herausforderungen im Hinblick auf die Ereignisbewältigung konkret aufzuzeigen. Im Februar 2015 beauftragte der Glarner Regierungsrat das Departement für Sicherheit und Justiz mit der Ausarbeitung einer Defizitanalyse. Zu diesem Zweck wurde eine interdepartementale Projektgruppe unter Leitung des Stabschefs der kantonalen Führungsorganisation eingesetzt.

Die Projektgruppe klärte die Aufgaben und Leistungen für eine effiziente Bewältigung von Ereignissen ab und verglich die Ergebnisse mit der Ist-Situation. Der Fokus lag dabei auf den drei für den Bevölkerungsschutz wesentlichen Handlungsfeldern Lage, Kommunikation und Ressourcen.

Optimierungspotential festgestellt

Der Schlussbericht zur Defizitanalyse zeigt auf, dass der Kanton Glarus über gute Grundlagen für die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen verfügt, dass aber durchaus Optimierungspotenzial besteht. Nachdem der

Handlungsbedarf festgestellt ist, gilt es, die geeigneten Massnahmen zu ergreifen, um die Fähigkeiten in der Ereignisbewältigung noch zu verbessern und das Restrisiko weiter zu senken.

Verschiedene Massnahmen zur Behebung der Defizite wurden ausgearbeitet und festgehalten. Es zeigte sich dabei aber, dass ein Teil der identifizierten Massnahmen zuerst konzeptioneller Grundlagen bedarf. Erst wenn diese bestehen, lässt sich ein definitiver Massnahmenmix bestimmen.

Fünf Konzepte bis 2017

Das Departement Sicherheit und Justiz wird deshalb bis Mitte 2017 fünf Konzepte ausarbeiten:

- Business Continuity Management (BCM, Betriebliches Kontinuitätsmanagement) mit Verichtsplanung,
- Analyse und Optimierung des Verbundsystems Bevölkerungsschutz,
- Lageverbund (Prozesse, Systeme),
- Kommunikation in bevölkerungsschutzrelevanten Lagen,
- Ressourcenmanagement des Kantons.

Diese Konzepte werden dem Regierungsrat zur Beschlussfassung vorgelegt und dienen zur Umsetzung der kantonalen Vorsorge.

Personelles aus dem Kanton Graubünden

Martin Bühler folgt auf Hans Gasser

Die Bündner Regierung hat Ende April 2016 Martin Bühler zum neuen Leiter des Amts für Militär und Zivilschutz ernannt. Er tritt die Nachfolge von Hans Gasser an, der auf Ende Oktober nach 25-jähriger Tätigkeit als Amtsleiter in Pension geht.

Der 40-jährige Martin Bühler ist Mitglied der Leitung der Pädagogischen Hochschule Graubünden. Zuvor arbeitete der Primarlehrer und Politikwissenschaftler als Projektleiter beim Bund im Bereich «Internationale Beziehungen Verteidigung». Seine militärische Laufbahn durchlief er bei den Grenadieren. Als Kompaniekommandant und heute als Major im Generalstab im Stab des Kommandos Spezialkräfte konnte er Kenntnisse in der zivil-militärischen Zusammenarbeit erwerben.

Das Amt für Militär und Zivilschutz ist mit rund 30 Mitarbeitenden die kantonale Fachstelle für alle Belange der Bereiche Militär, Zivilschutz und Bevölkerungsschutz. Martin Bühler leitet ebenfalls den kantonalen Führungsstab.

Zivilschutz-Kaderkurs des Kantons Zürich

Ein Erdbebeneinsatz im Ausbildungszentrum

Die Zivilschutz-Offiziersausbildung Betreuung und Unterstützung des Kantons Zürich schloss Ende Februar mit einer Erdbebenübung. Im Zentrum der gemeinsamen Übung stand das gegenseitige, bessere Kennenlernen der Partnerorganisationen.

Am späteren Nachmittag des 25. Februar 2016 erfuhren die Teilnehmenden des kantonalen Zivilschutz-Kaderkurses übungsmässig, dass im Raum des Zürichsees die Erde gebebt hatte. Sämtliche Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes standen im Einsatz. Das Gemeindeführungsgremium der Stadt Uster verschaffte sich ein Lagebild und liess die Feuerwehr Uster und den der Stadt zugewiesenen Zivilschutz den Bereitschaftsraum beim Feuerwehrlokal beziehen.

Die Stadtpolizei Uster erhielt Meldungen über Erdbebenschäden im Raum Riedikon, was ein Alarmaufgebot und die Entsendung von Patrouillen zur Folge hatte. Vor Ort präsentierte sich den Polizeikräften ein Bild der Verwüstung: Umgeknickte Bäume und Trümmerteile versperrten die Zufahrten, der Strom war teilweise ausgefallen, Häuser waren eingestürzt oder standen in Brand, ein Bus war in einen Unfall verwickelt, Passagiere waren eingeschlossen, Verstörte irrten umher, Verschüttete waren zu hören ...



Gemeinsame Absprachen und Strukturbildung unter den Partnerorganisationen sind unabdingbar.

Polizei, Feuerwehr und Zivilschutz

Die Polizeipatrouille erstattete umgehend Meldung an ihre Zentrale, welche Feuerwehr und Zivilschutz aufbot. Es ging Schlag auf Schlag: Strassen wurden geräumt, Feuer gelöscht, Personen aus Trümmern und Fahrzeugen gerettet, Verletzte erstversorgt und Obdachlose zu Sammelstellen gebracht. Personalien wurden aufgenommen und Angehörige zusammengeführt. Auch mussten Einsatzkräfte Tote (dargestellt durch Puppen) bergen, die die Polizeiorgane freigegeben hatten. Bis in die Nachtstunden dauerte die Übung, für die der Samariterverein Uster die Figurant:innen, die «Verletzten», stellte und auch gleich «moulagierte».

Die Übungsleitung hatte das Szenario Erdbeben bewusst gewählt. Folgende Ziele galt es in der Übung zu erreichen:

- Im Verbund waren die Folgen eines Erdbebens (im Ausbildungszentrum Riedikon) zu bewältigen, um dadurch die Kenntnisse der Partnerorganisationen zu fördern,
- die Aufgebotsabläufe und der Führungsrhythmus waren auf allen Stufen zu trainieren,
- die Logistik und die korrekte Lageführung waren jederzeit sicherzustellen.

Optimierungspotenzial erkannt

Als positiv bewertete die Übungsleitung den gemeinsamen Standort und die gute Zusammenarbeit der Einsatz-

leitungen, die aussagekräftige Dokumentation (Journal, Kroki) sowie die rasche Kommunikation unter den Partnern.

Ebenso kristallisierte sich Optimierungspotenzial heraus, insbesondere beim Kenntnisstand über die Partnerorganisationen und deren Leistungsvermögen, bei der Schadenplatz- und Ressourcen-Organisation sowie bei den ersten – zu späten und mangelhaften – Absprachen unter den Partnern. Die Lehren daraus:

- Die Kenntnisse über die Partnerorganisationen und deren Leistungsvermögen müssen geschult werden.
- Es ist zwingend, so rasch wie möglich mit Verantwortungsbereichen und Abschnitten zu arbeiten. Dies erleichtert dem Einsatzleiter das Führen und dient der Strukturbildung.
- Konsequentes Anwenden des Führungsrhythmus ermöglicht eine Priorisierung der Arbeiten. Folglich können die zur Verfügung stehenden Mittel adäquat eingesetzt werden.

Aus Sicht der Übungsleitung waren das Szenario und die gesetzten Ziele optimal gewählt. Mögliche Schwachstellen wurden ausfindig gemacht und können nun optimiert werden.

150 Jahre Schweizerisches Rotes Kreuz SRK

Eine Gründung in zwei Anläufen

Das Rote Kreuz wurde 1863 aufgrund einer Vision des Genfers Henry Dunant in der Schweiz gegründet. Als 11. nationale Rotkreuzgesellschaft entstand drei Jahre später das Schweizerische Rote Kreuz. Seine Gründung ist einflussreichen Persönlichkeiten zu verdanken.



Seit März 2016 ist die Sondermarke «150 Jahre Schweizerisches Rotes Kreuz» erhältlich.

Brauchte die Schweiz ein eigenes Rotes Kreuz? Sie war ja neutral, und in Genf befand sich bereits das Internationale Rote Kreuz. In Bern sah man anfänglich keinen dringenden Bedarf an einer nationalen Rotkreuzgesellschaft, von denen es in Europa schon zehn gab. 1866 war aber in Europa ein von Kriegen geprägtes Jahr. Das Internationale Komitee in Genf – und besonders sein Präsident Gustave Moynier – drängte.

Am 17. Juli 1866 gegründet

Es schickte einen Mann vor, der in Bern höchstes Ansehen genoss: Guillaume-Henri Dufour. Dieser hatte schon im Sonderbundskrieg seine Soldaten angewiesen, Kinder, Frauen, alte Menschen und Pfarrer, aber auch Kriegsgefangene und Verletzte zu schonen. Aus dieser Haltung heraus unterstützte er Henry Dunants Initiative und wurde 1863 bis 1864 erster Präsident des neu gegründeten Roten Kreuzes. 1866 war er Genfer Ständerat. Dufour tat sich mit dem starken Mann im Bundesrat zusammen, dem Zürcher Jakob Dubs, der im Sonderbundskrieg Dufour unterstellt gewesen war. Er hatte bereits entscheidend zur Beseitigung der Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung in der Schweiz beigetragen. Jetzt, am 1. Juli 1866, riefen Bundesrat Dubs und General Dufour zur Gründung eines Vereins zum Schutz verletzter Soldaten auf, also eines nationalen Roten Kreuzes. Dieses entstand am 17. Juli 1866 in Bern. Als schweizerische Besonderheit sollte der Verein nicht nur Soldaten, sondern auch deren Familien helfen.

1882 breit verankert

Der neue Verein, mit Jakob Dubs als Präsidenten, umfasste zuerst fünf Personen – bald schon waren es gut vierzig, alle aus Politik, Wissenschaft und Militär. Mit den anfänglich nur acht Sektionen war der Verein noch kein schlagkräftiges Instrument zur Umsetzung der Idee Henry Dunants. Die Internierung der Bourbaki-Armee im deutsch-französischen Krieg, Anfang 1871, brachte die Gelegenheit zu einer ersten, grossen humanitären Aktion und zur Stärkung der mittlerweile bereits über 20 Sektionen. Und erst in einem zweiten Anlauf, 1882, wurde mit einer viel breiteren Basis neu geschaffen, was das SRK heute ist: eine in der ganzen Bevölkerung verankerte und für die ganze Bevölkerung tätige humanitäre Organisation.

«Weltreise Rotes Kreuz»

Das Schweizerische Rote Kreuz SRK hat in Zusammenarbeit mit dem Verkehrshaus der Schweiz in Luzern eine Sonderausstellung konzipiert: «Weltreise Rotes Kreuz» nimmt bis im Januar 2017 die Besuchenden auf eine Reise durch sechs Länder mit, in denen das Rote Kreuz den Menschen hilft, sich vor Katastrophen besser zu schützen.

Die Ausstellung, die sich besonders an ein junges Publikum richtet, fordert dazu heraus, sich mit anderen Ländern und Kulturen, dem Reisen und nicht zuletzt mit Katastrophen und möglichen Vorsorgemassnahmen auseinanderzusetzen. Aufgezeigt wird im Verkehrshaus der Schweiz ebenfalls wie wichtig Mobilität, Transport und Logistik für die Arbeit des Roten Kreuzes sind.

Weitere Informationen:

www.weltreiseroteskreuz.ch

Museumstipp des Schweizerischen Zivilschutzverbandes SZSV

Eine Reise durch die Zeit

Schutz & Rettung Zürich führt ein einzigartiges Zivilschutz-Museum: Im Landenbergbunker können sich die Besuchenden in authentischer Atmosphäre auf eine Reise durch die Zeit begeben.

Auf dem Spielplatz des Landenbergparks im Zürcher Quartier Wipkingen deutet nichts darauf hin: Unter dem Park befindet sich der Landenbergbunker, der im Jahr 1941 als geschützte Sanitätshilfsstelle sowie als Truppenunterkunft für den Luftschutz, die Vorgängerorganisation des Zivilschutzes, gebaut wurde.

Sein Durchmesser beträgt 25 Meter, die fast 2000 Quadratmeter verteilen sich auf drei Etagen, die sich elf Meter tief in den Boden bohren. Der Bunker verfügt über allerlei technische Raffinessen, die das Verweilen erträglich, respektive gar erst möglich machten: ein ausgeklügeltes Lüftungssystem, Notstromaggregate, Öl- und Fäkalientanks – auch Wasser- und Nahrungsmittelvorräte waren vorhanden. All das erlaubte einen autarken Betrieb während mehrerer Wochen. Sogar einen Lift gibt es. Der fährt zwar nicht mehr, viele andere Teile jedoch sind im Originalzustand und funktionierten noch, würden sie gebraucht.

1984 wurde der Schutzbau aus dem Dienst entlassen. Mehr und mehr fristete er ein kühles Schattendasein als Lagerplatz – zunehmend auch für überflüssiges Material und in die Jahre gekommene Geräte des Zivilschutzes, welche weitsichtige Frauen und Männer zusammentrugen und so vor der Vernichtung bewahrten.

Exponate aus 100 Jahren

Der Landenbergbunker ist an und für sich schon eine Reise wert. Seit Schutz & Rettung Zürich 2005 darin jedoch ein Zivilschutzmuseum – das in seiner Art einzigartig ist in der Schweiz – einrichtete, noch viel mehr. Die ältesten Exponate stammen aus der Zeit des Ersten Weltkriegs. Zahlreiche Texte, Illustrationen und Fotos ordnen alles aufschlussreich und fein säuberlich in den Kontext der jeweiligen Epochen ein. «Viele Sachen haben mit dem Zivilschutz nur am Rande zu tun», erklärt Museumsdirektor Sandro Magistretti, «aber sie helfen, die Zusammenhänge zu begreifen.»

Prunkstück ist der Operationssaal mit zwei Tischen im ersten Untergeschoss. Manch ein Gerät darin rettete einst zwar Leben, jagt dem heutigen Betrachter jedoch kalte Schauer über den Rücken. In einer Vitrine steht beispielsweise eine Maschine, an der Sanitäter kurbeln und dank Unterdruck Blut direkt von der Arterie eines Spenders zur Vene eines Empfängers übertragen konnten.



Manch ein ausgestelltes Gerät jagt dem heutigen Betrachter kalte Schauer über den Rücken.

Neues Konzept geplant

Sandro Magistretti weiss einiges über die Schwerpunkte der Ausstellung (nebst medizinischen Aspekten etwa Verdunkelung, Mobilmachung, Luftangriffe, Evakuierung, Rationierung, Versorgung, Übermittlung, Luftschutz) zu berichten. Ein Bereich widmet sich den moderneren Geräten des Zivilschutzes. Bescheid wissen auch die Guides, die an einigen wenigen Samstagen im Jahr kostenlose Führungen anbieten. Zusätzliche Führungen für bis zu 45 Personen werden auf Anmeldung abgehalten.

Im Landenbergbunker gibt es in authentischer Atmosphäre viel über die Geschichte des Zivilschutzes zu erfahren. Zu viel vielleicht: «Der eine oder andere Raum ist überladen», meint der Museumsdirektor. Sandro Magistretti und sein Team haben aber Pläne, die Räume neu zu gestalten. Alles deutet darauf hin, dass sich der Besuch des Landenbergbunkers noch lange lohnen wird.

Weitere Informationen:

www.stadt-zuerich.ch/zivilschutzmuseum

30 Jahre Tschernobyl

Wie ist die Schweiz vorbereitet?

Am 26. April 1986 ereignete sich im ukrainischen Kernkraftwerk Tschernobyl eine Nuklearkatastrophe. Die Folgen waren in weiten Teilen Europas zu spüren – so erreichte am 30. April 1986 die radioaktive Wolke auch die Schweiz. Bereits am 29. April wurde das Labor Spiez im Rahmen des Aufgebots der sogenannten «Einsatzorganisation bei erhöhter Radioaktivität in der Schweiz» beauftragt, sich für die Messung der Radioaktivität bereitzuhalten. Wenn bei einem KKW-Unfall grosse Mengen Radioaktivität an die Umwelt abgegeben werden, hat dies sehr

schwerwiegende Auswirkungen. Die KKW-Katastrophen von Tschernobyl 1986 und von Fukushima 2011 haben dies nur allzu deutlich gemacht. Vor diesem Hintergrund sind für den Fall eines möglichen KKW-Unfalls in der Schweiz umfangreiche Notfallschutzmassnahmen vorbereitet.

Lesen Sie mehr dazu in den Blogs von Kurt Münger, Chef Kommunikation BABS, und Andreas Bucher, Chef Strategie & Kommunikation Labor Spiez: www.alertswiss

«Tox Info Suisse»

Sonderbriefmarke zum 50. Geburtstag



Tox Info Suisse kann auf eine 50-jährige Geschichte zurückblicken. Die Post hat der offiziellen Beratungsstelle der Schweiz für alle Fragen rund um Vergiftungen zum Jubiläum eine Sonderbriefmarke gewidmet. 1966 legte der damalige Apothekerverein den Grundstein für Tox Info Suisse. Mit an Bord waren am Anfang auch die Gerichtsmediziner der Universität Zürich und die damalige Interkantonale Giftkommission.

Ärztinnen und Ärzte sowie andere medizinische Fachpersonen gewährleisten über die Notfallnummer 145 während 24 Stunden täglich kostenlose Auskunft bei Vergiftungen oder Verdacht auf Vergiftung. Sie verfügen über eine umfangreiche Dokumentation zu Chemikalien, Medikamenten, giftigen Pflanzen und Tieren, Lebensmitteln und anderen Produkten. Die telefonische Beratungsstelle beantwortete 2015 rund 38 400 Anfragen von Laien und Fachleuten.

Arbeiten im Überdruck

Ausnahmen für Polizei- und Rettungstaucher

Der Bundesrat hat am 13. April 2016 per sofort eine Übergangsregelung für Polizei- und Rettungstaucher sowie Tauchinstruktoren in Kraft gesetzt. Diese Personen sind von einzelnen Bestimmungen der Verordnung zum Arbeiten im Überdruck ausgenommen. Damit wird sicherge-

stellt, dass sie ihre Tätigkeit im Rahmen des Sicherheits- und Rettungsdienstes weiterhin ausüben können, ohne sich rechtswidrig zu verhalten. Die Übergangsregelung gilt, bis eine überarbeitete Version der Verordnung in Kraft tritt.

IMPRESSUM

Bevölkerungsschutz 25 / Juli 2016 (9. Jahrgang)

Die Zeitschrift *Bevölkerungsschutz* ist in der Schweiz kostenlos erhältlich in Deutsch, Französisch und Italienisch.

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS

Koordination und Redaktion: P. Aebischer

Redaktionsteam: A. Bucher, Ch. Fuchs, D. Häfliger, M. Haller, K. Münger, N. Wenger

Übersetzungen und Lektorat: Sprachdienste BABS

Kontakt: Bundesamt für Bevölkerungsschutz, Kommunikation, Monbijoustr. 51A, CH-3003 Bern, Telefon +41 58 462 51 85, info@babs.admin.ch

Fotos: S. 10 und 12 SEM / Thomas Kern

Layout: Zentrum elektronische Medien ZEM, Bern

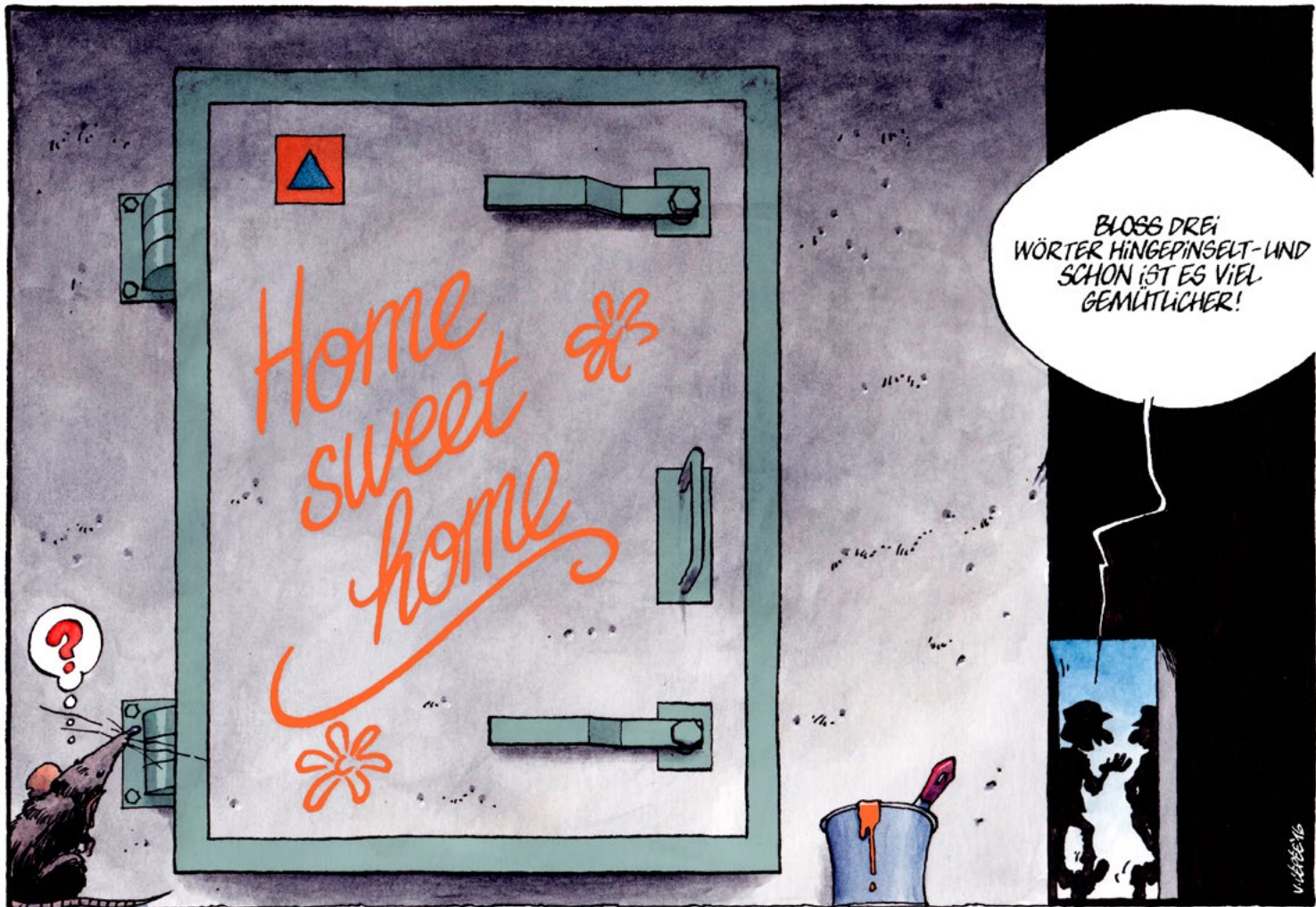
Nachdruck: Die in *Bevölkerungsschutz* veröffentlichten Beiträge und Bilder sind urheberrechtlich geschützt. Nachdrucke sind mit der Redaktion zu vereinbaren.

Auflagen: Deutsch 8100 Ex., Französisch 3100 Ex., Italienisch 800 Ex. Das BABS ist Herausgeber von *Bevölkerungsschutz*. Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn, sondern eine Plattform; die Beiträge geben somit nicht in jedem Fall den Standpunkt des BABS wieder.

Betreuung von Schutzsuchenden

So sieht es V. L'Épée

Vincent L'Épée zeichnet für die Westschweizer Tageszeitungen «L'Express», «L'Impartial» und «Le Journal du Jura». Seine Arbeiten sind auch in der zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift «Edito+Klartext» und gelegentlich im Wochenblatt «Courrier international» zu sehen. Er wohnt in Neuenburg.



Ausblick
Nr. 26, November 2016

Dossier

Wenn der Strom ausfällt

Was meinen Sie?

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen
und Anregungen für kommende Ausgaben!

info@babs.admin.ch

Jetzt bestellen

Die Zeitschrift des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz
erscheint dreimal pro Jahr in Deutsch, Französisch und
Italienisch.

Gratishefte und -abonnements können bestellt werden
unter www.bevoelkerungsschutz.ch oder
info@babs.admin.ch.



**«Ich bin nicht für einen Dienst à la carte,
eine Wahlfreiheit kann es nicht geben.»**

Bundesrat Guy Parmelin, Chef des Departements für
Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS

Seite 4

**«Bei raschem sehr hohem Bedarf an Betreuungs-
kapazitäten ist der Einsatz von Schutzdienstpflichtigen
sicher eine Option.»**

David Keller, Abteilungschef beim Staatssekretariat für Migration SEM

Seite 10

**«Überregionale Krisen lassen sich am besten in
engster Zusammenarbeit mit den Nachbarn lösen.»**

Albert Fritsche, Kantonstierarzt St. Gallen

Seite 22